

FAIRCONOMY

einfach – wirksam – gerecht

Lebenswerte Kommunen erhalten

Nachhaltige Kommunen durch nachhaltiges Geld
Grundeigentum ist kein Menschenrecht – Wohnen schon
Bodenwertsteuer sichert kommunale Finanzen

Gute Ideen sind da!

Die Welt ist voller Konflikte – immer noch. Die Komplexität nimmt weiter zu, die Anforderungen an den Einzelnen steigen. Bildung, Erwerbsmöglichkeiten und Kultur konzentrieren sich in den Städten. Doch mit den Städten boomt auch die Anonymität ... und die Wohnungsnot. Unsere Städte spalten sich zunehmend in »angesagt und teuer« auf der einen, versus »abgehängt und trotzdem kaum bezahlbar« auf der anderen Seite. Segregation (soziale Entmischung) nennen Soziologen und Stadtplaner das Phänomen.

Wo gehören wir dazu? Können wir noch mithalten, oder sind wir schon abgehängt? Selbst Gutverdienende haben inzwischen Angst, sich ihre Wohnung bald nicht mehr leisten zu können. Dabei ist Wohnen ein Menschenrecht. Was sich kaum jemand klar macht: Die steigenden Mieten resultieren zum Großteil aus steigenden Bodenpreisen.

»Der Boden ist so wichtig, weil man ohne Boden nicht leben kann. Keiner kann auch nur eine Sekunde leben ohne Boden«, sagt der 93-jährige ehemalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel in der ZDF-Sendung Frontal 21 vom 28. Mai, »und deswegen muss für weite Bereiche des Umgangs mit Grund und Boden das allgemeine Wohl und die soziale Gerechtigkeit, und nicht Markt und das Streben nach Gewinn der entscheidende Punkt sein.« Recht hat er! Daher unterstützt die INWO von Anfang an die Kampagne »Grundsteuer: Zeitgemäß!« für eine Bodenwertsteuer. Denn es darf nicht sein, dass Spekulanten, Konzerne und andere Bodeneigentümer an unser aller Lebensgrundlage verdienen, während die Mehrheit dafür zahlen muss.

Alle Menschen sollten gleichberechtigt Zugang zum Boden und seinen Ressourcen haben. Dazu braucht es auch Refor-

men im Geldsystem. Wenn Boden und Geld als die grundlegenden Bedingungen unserer Gesellschaft gerecht geregelt sind, dann lassen sich auch ökologische und soziale Ziele viel leichter realisieren. Dazu macht die INWO neben der Bodenwertsteuer weitere Vorschläge. Wir fordern eine konsequente Ausweitung der Negativzinspolitik der EZB auf das Bargeld. Denn Negativzinsen sind nicht schädlich – im Gegenteil, sie befreien die Wirtschaft vom Wachstumszwang. Der Staat und somit auch die Kommunen profitieren seit einiger Zeit von der abnehmenden Zinslast.

Neben dem Geld sollten auch Ressourcen besteuert werden. Denn indem man sie besteuert, schont man sie auch. Doch Ökosteuern sind bei Wirtschaft und Bürgern unbeliebt. Ändern würde sich dies mit einer konsequenten Pro-Kopf-Rückverteilung des Aufkommens. Eine Idee, die Silvio Gesell vor über 100 Jahren hatte, und die nun auch bei Umweltministerin Svenja Schulze angekommen ist, die eine CO₂-Steuer-Rückverteilung an die Bürger propagiert.

Gute Ideen sind da! Es braucht nur ausreichend viele Menschen, die sie unterstützen und einfordern – damit wir uns wieder »zu Hause« fühlen können.

Viele Grüße

Beate Bockting



Kontakt: Beate.Bockting@INWO.de

Hinweis: Wir verwenden in unserem Verein und unserer Zeitschrift das solidarische Du.

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapita-

listische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Inhalt

- 3 Lino Zeddies: Wir brauchen eine Geldwende!
- 6 Gudrun Müller und Beate Bockting: Negativzinsen stärken unsere Kommunen
- 8 Thomas Kubo: Bodenwertsteuer sichert kommunale Finanzen
- 10 Marco Fritschi: Grundeigentum ist kein Menschenrecht – Wohnen schon
- 12 Christian Gelleri: Regionalwährungen parallel zum Euro?
- 16 Felix Fuders: Nachhaltige Kommunen durch nachhaltiges Geld
- 19 Ralf Becker: Kampagne »Sicherheit neu denken«
- 20 Regionalseite Deutschland
- 21 Regionalseite Schweiz
- 22 Mitglied werden! – Beitrittsformular
- 23 Buchvorstellungen

Impressum

FAIRCONOMY 15. Jahrgang, Nr. 2 Juni 2019, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bockting (V.i.S.d.P.), M. Gassner
E-Mail: Redaktion@INWO.de

Auflage: 1.600 Exemplare

Bildnachweis: Titelseite: © pexels.com / pixabay.com / Christina v. Puttkamer; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 3-5: © www.aikern.de; 6: © ptr / pixabay.com; 7: © Beate Bockting; 8+9: © Thomas Kubo; 10: © Rainer Sturm / pixelio.de und Predrag Stakić, humanrightslogo.net; 11: © www.neue-boden-initiative.ch; 12: © Mojpe / pixabay.com; 14: © Schweizerisches Alpines Museum; 15: © www.sardex.net; 17: © www.chiemgauer.info und www.chiemsee-chiemgau.info; 18: © Felix Fuders und www.vivomondo.com/de/vivowiki (User: Thom16T) 19: © www.ekiba.de; 20: © DarkWorkX / pixabay.com; 23: © A. Lindert-Rottke / fotolia.com; 24: © Bessi / pixabay.com / Geldscheine: www.ecb.europa.eu / Christina v. Puttkamer;

Layout: design-angel.de, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Mühlbauer Druck, Puchheim
(gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V.,
Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt Deutschland:
INWO e.V.
Wallstr. 97, 50321 Brühl
Telefon: +49 2232 156368
E-Mail: INWO@INWO.de, www.INWO.de

Kontoverbindung:
INWO e.V. bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum
IBAN: DE32 4306 0967 6010 4514 00, BIC: GENODEM1GLS

Abo-Kontakt Schweiz: INWO Schweiz,
Postfach 3161, 5430 Wettingen 3, Telefon: +41 56 426 60 90,
E-Mail: buero@INWO.ch, www.INWO.ch

Kontoverbindung:
Konto 40-963-0 bei der Freien Gemeinschaftsbank
IBAN: CH20 0839 2000 0040 0679 8
PC-Konto 30-1771-2, IBAN: CH83 0900 0000 3000 1771 2

Wir brauchen eine Geldwende!

Zum zweiten Mal trafen sich am 18. und 19. Mai 2019 VertreterInnen unterschiedlicher Geldreformströmungen in der GLS Bank Berlin, um sich zu vernetzen, auszutauschen und gemeinsame Kraft zu entwickeln.

Beim ersten Geldwende-Konvergenztreffen im November 2018 hatte der Fokus auf der Gemeinschaftsbildung und Herausbildung der verbindenden, übergeordneten Vision gelegen. Bei diesem zweiten Treffen standen nun der inhaltliche Austausch, das Entwickeln gemeinsamer Projekte und die Planung nächster Schritte im Vordergrund. Für Konzeption und Ablauf des Treffens war das Moderations-Trio aus Oliver Sachs, Markus Duscha und Lino Zeddies verantwortlich, die wie beim ersten Treffen großen Wert auf eine persönliche und entschleunigte Atmosphäre legten.

Nach Ankommen, Vorstellungsrunde und kleiner Einstimmung wurde die Wahrnehmung der Teilnehmenden abgefragt, inwieweit die Geldreformbewegung in einer gemeinsamen Kraft sei. Es zeigte sich, dass das erste Treffen zwar positive Impulse hinterlassen hatte, aber noch viel Luft nach oben besteht.



Anschließend ging es in den inhaltlichen Austausch und die Analyse dreier zentraler Geld-

reformströmungen. Joseph Huber stellte Vollgeld vor, welches zum Ziel hat, die Macht der Geldschöpfung wieder in staatliche Hoheit und unter demokratische Kontrolle zu bringen. Beate Bockting zeigte Ziel und Kernbausteine von Freigeld und der Freiwirtschaft auf, welche der Hortung und leistungslosen Akkumulation von Geld durch Umlaufsicherung entgegenwirken will. Zudem stellte Christian Gelleri den Ansatz von Komplementärwährungen vor, der das monopolistische übergeordnete Geldsystem mit seinen Schwächen durch eine Vielfalt alternativer Währungen mit unterschiedlichen Schwerpunkten ergänzen soll. Daraufhin wurden gemeinsam die Stärken, Schwächen und offenen Fragen der drei Reformvorschläge analysiert. Dabei wurden die Nicht-Vertreter der jeweiligen Reformvorschläge eingeladen, Stärken aufzulisten, während die Befürworter die Schwächen benannten, was eine interessante Dynamik hervorbrachte und sehr umfassende Ergebnisse erzeugte. Dabei zeigte sich jedoch auch, dass





insbesondere zwischen Freiwirten und Vollgeldvertretern noch einige analytische Uneinigkeiten und vertiefender Austauschbedarf besteht. Die Ergebnisse wurden mit Hilfe von Graphic Recorder Aike Arndt visuell ansprechend festgehalten.

Aufbauend auf den ermittelten Stärken und Schwächen der verschiedenen Reformvorschläge wurden Kompatibilitätspotentiale und Konvergenzmöglichkeiten mit Hilfe eines Fishbowl-Diagrams erörtert. Dabei zeigte sich, dass keiner der Reformansätze die anderen prinzipiell ausschließt. Bei kommenden Treffen soll das gegenseitige Verständnis vertieft und weitere Formen der Zusammenarbeit ausgetestet werden.

Am Abend wurde von Dirk Ehnts noch die Modern Money Theory kurz vorgestellt und auch hier zeigten sich große Neugier und Diskussionsbedarf. Nach einer Tages-Abschluss-

**»Die Entwicklung unserer
Gesellschaften hängt
stark von der
Entwicklung des
Geldsystems ab.
Wir sind uns darin einig,
dass dieses besser
gestaltet werden kann
als bisher. Daher lohnt
es sich, für eine
Geldwende einzutreten!«
Beate Bockting**

runde und gemeinsamem Abendessen zogen einige noch weiter und ließen den Tag bei einem Eisbecher ausklingen. Der nächste Tag brachte bei einer Morgenrunde viele frische Impulse und Reflexionen zur Dynamik der Veranstaltung und zur Herausforderung, trotz der inhaltlich-verkopften Diskussionen Menschen für Geldreformen zu begeistern.

Anschließend wurden Social Banking von Markus Duscha und Kryptogeld von Simon Hess in Kürze vorgestellt und auch hier zeigte sich großer Informations- und Diskussionsbedarf.

Im weiteren Verlauf lag der Schwerpunkt auf dem Austausch zu aktuellen Projekten und konkreten Kooperationsmöglichkeiten. So stellten die Teilnehmer Projekte, Veranstaltungen und Neuigkeiten aus ihren Organisationen und Reformbewegungen vor. Anschließend präsentierte Lino Zeddies seine Vision, wie der gemeinsame Weg hin zu einem



Graphic Recording: www.aikearndt.de

vereinten »Bündnis Geldwende« weitergeführt werden könnte, um systematisch Verbindungen aufzubauen und gemeinsame Kraft zu entwickeln. Dazu gab es große Resonanz der Teilnehmenden und viele Anregungen und Ideen.

Weiter ging es dann in Kleingruppen, um weitere Projektideen und Kooperationsmöglichkeiten für die Zukunft zu entwickeln. Daraus ergab sich eine reiche Ernte zukünftiger Projektideen, vor allem im Hinblick auf zukünftige Veranstaltungsformate, um das gegenseitige Verständnis auszubauen und eine gemeinsame Kraft zu entwickeln. Beispielsweise wurden Spezialtreffen zu ausgewählten umstrittenen oder komplexen Themen angeregt, Geldspieltreffen, um auch auf spielerischem Wege voneinander zu lernen, und die schriftliche Formulierung einer gemeinsamen Vision.

„Ökologisch, basisdemokratisch und sozial gesinnte Kräfte verschiedener Geldreformbewegungen kommen zusammen, um der marktliberalen Einheitsfront der tatsächlichen und vermeintlichen Profiteure im Geld- und Finanzbereich Paroli zu bieten – großartig!“
Helge Peukert

Auch bei dem zweiten Konvergenztreffen entstand eine für diese inhomogene Runde ungewohnt gemeinschaftliche Stimmung als Nährboden für aufkeimende Neugier und Offenheit für die Perspektiven der anderen. In diesem Rahmen wurden viele fachlich-theoretische Differenzen konstruktiv diskutiert und zugleich wurde der große Bedarf an weiter vertiefenden Begegnungen deutlich. Nach dem Konvergenztreffen ist daher auch vor dem Konvergenztreffen und für September 2019 ist bereits ein nächster Termin angedacht.

Abschließend danken wir der GLS Bank für die Verfügungstellung der Räume und der GLS Treuhand Stiftung, deren finanzielle Unterstützung diese Tagung ermöglicht hat. ■

Lino Zeddies

Negativzinsen

stärken unsere Kommunen

Die ständig in Finanznöten steckenden Gemeinden haben es nicht leicht. Die Aufgaben sind gewachsen, die Einnahmen beschränkt. Die Altschulden drücken immer noch, auch wenn die seit Jahren andauernde Niedrigzinsphase allorts Erleichterung verschafft hat.



Kommunen lieben Negativzinsen,
Banken lieben sichere Häfen.

Die Kommunen ächzen immer noch unter einer hohen Schuldenlast. Die kommunale Gesamtverschuldung lag Mitte 2018 bei 136.421 Mio. Euro, davon 43.311 Mio. Euro Kassenkredite, d. h. kurzlaufende Liquiditätskredite. Besonders stark verschuldet sind mit 53.033 Mio. Euro die Kommunen in NRW.

Dabei ist die Lage der Kommunen sehr unterschiedlich. Anders als strukturstarke Städte drohen strukturschwache mit hohen Sozialausgaben von der guten wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt zu werden. Anfang 2019 forderte daher u. a. der Städtetag NRW erneut, den Kommunen beim Abbau ihrer Altschulden zu helfen. Schließlich ist es ein erklärtes Ziel

der Bundesregierung, überall gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen.

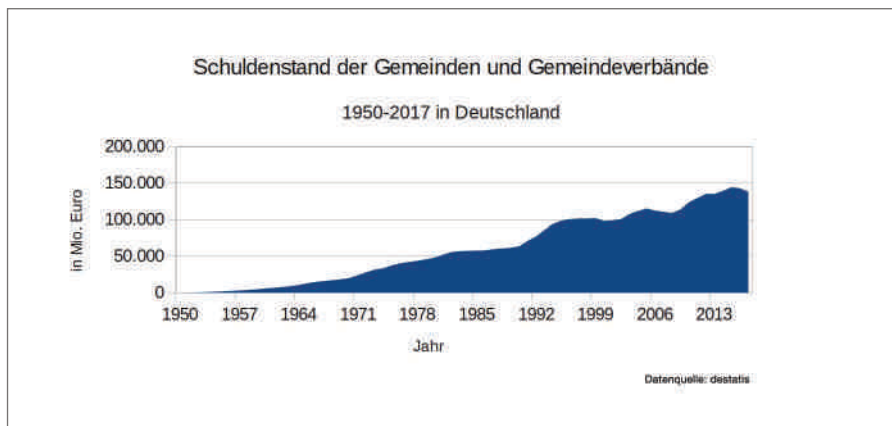
Schuldenwachstum beendet

Immerhin ist es dank der von der EZB gewährleisteten niedrigen Kreditzinsen möglich geworden, das seit Jahrzehnten obligatorische staatliche Schuldenwachstum zu beenden und den Trend endlich umzukehren. Im ersten Halbjahr 2015 haben die Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Neuverschuldung um 500 Millionen Euro reduziert, seither konnte der Schuldenbestand sogar um rund 8 Mrd. Euro reduziert werden. Die gesamtstaatliche Verschuldung sinkt in Deutschland bereits seit 2013, über 100 Mrd. Euro an staatlichen Schulden wurden schon abgebaut.

Wenn die Zinsen weiter so niedrig bleiben oder noch mehr in den negativen Bereich gehen, kann diese positive Entwicklung des Schuldenabbaus so weitergehen. Wenn die Zinsen allerdings steigen, wird es für Bund, Länder und Kommunen wieder schwierig.

Kommunale Einnahmen durch Negativzinsen

Durch niedrig verzinste Kredite konnte eine Menge Geld gespart werden. Zum Beispiel hat sich die jährliche Zinsbelastung Nürnbergs wegen der niedrigen Zinsen von 63 Mio. Euro auf 30 Mio. verringert. Aber damit nicht genug: Die Stadt gibt an, auf Kredite von 50 Mio. Euro Negativzinsen zu erhalten.



Denn neben den bekannten Einnahmen aus Gewerbesteuer, Grundsteuer und Gebühren für kommunale Dienstleistungen, tut sich seit 2015 eine weitere »Einnahmequelle« für Kommunen auf: Sie können sich von Banken Geld leihen und bekommen Zinsen dafür! So berichtete der Kölner Stadt-Anzeiger im September 2015, dass die Kämmerer in Köln und der Nachbargemeinde Bergisch Gladbach Kassenkredite aufgenommen hätten und für diese Schulden belohnt würden. Die Stadt Köln konnte für 676 Millionen Euro Kassenkredit Zinsen zwischen 0,01 und 0,03 Prozent vereinnahmen. Die Stadtverwaltung verdiente so monatlich rund 6.000 Euro an ihren kurzfristigen Schulden. In Bergisch Gladbach waren es für zwanzig Millionen Euro Zinsen von 0,02 Prozent.¹ Mit Krediten Geld verdienen dürfen die Kommunen natürlich nur, wenn sie die Kredite auch wirklich brauchen.

Banken suchen sichere Anlagemöglichkeiten

Die Banken wissen nicht wohin mit dem Geld und suchen sichere Anlagemöglichkeiten. Kommunen gelten als sichere Häfen und für die Sicherheit der Anlage zahlen die Geldgeber Zinsen. Wenn sie das Geld nicht anlegen, sondern bei der EZB einlegen, müssen die Banken mittlerweile 0,4 Prozent »Strafzinsen« zahlen. Negativ verzinsten Kredite an Kommunen sind da vergleichsweise günstiger.

Eine Umfrage des FinTech CommneX zusammen mit der TU Darmstadt ergab, dass vier von zehn Banken kurzlaufende Liquiditätskredite an Kommunen selbst bei negativer Verzinsung für eine attraktive Alternative zur Einlage bei EZB halten. Mehr als jeder dritten Kommune seien bereits Finanzierungen zu Negativzinsen je nach Laufzeit angeboten worden, wie das »Kommunal-Barometer 2018« zeigte. Derzeit horteten viele Institute

sogar vermehrt Bargeld in ihren Tresoren, um Strafzahlungen zu vermeiden. »Eine weit bessere Option wäre für die Banken, den Bereich der kommunalen Finanzierung vor allem im kurzfristigen Bereich zu erschließen. Kommunen sind verlässliche Schuldner mit einem kontinuierlichen Kreditbedarf und als Kreditnehmer insolvenzunfähig, risiko- und eigenkapitalneutral«, erklärte Friedrich v. Jagow, Geschäftsführer von CommneX.²

Liquidität wird belastet

Andererseits zahlen Kommunen auch Negativzinsen, denn die Banken geben die 0,4 Prozent der Zentralbank an Geschäftskunden und die öffentliche Hand weiter, da diese oftmals große Summen auf täglich fälligen Konten halten. Die Stadt Freising zum Beispiel zahlte

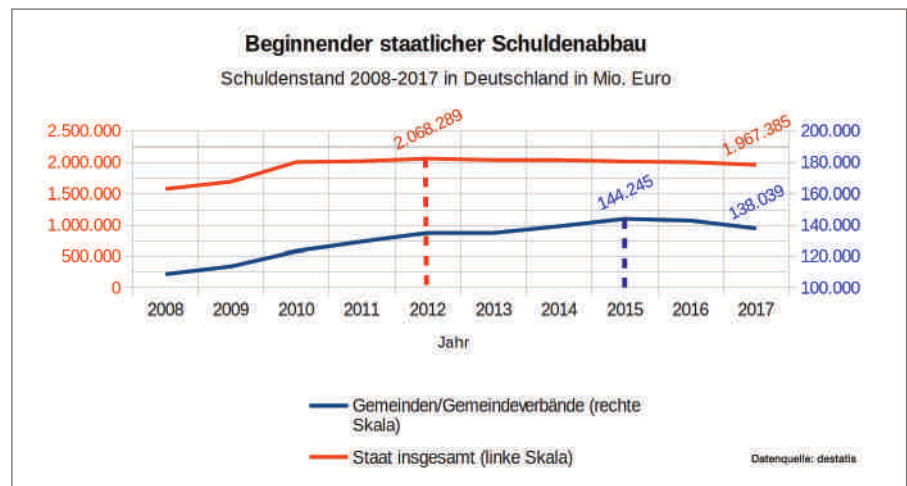
mit möglichst langfristigen Festgeldanlagen, was eine sehr gute Haushaltsplanung der Kommunen voraussetzt, denn sie müssen das Geld ja zum richtigen Zeitpunkt für Investitionen verfügbar haben.

Weil auch manche Firmen über überschüssige Liquidität verfügen und dafür Negativzinsen entrichten müssen, stellen diese häufiger Abschlagsrechnungen. Die Kommunen sind wiederum bemüht, diese schnellstmöglich zu bezahlen. So fließen die Mittel bei den Kommunen stetiger ab. Probleme bereitet es den kommunalen Finanzjongleuren noch, dass kommunale Einnahmen wie etwa staatliche Zuweisungen zu bestimmten Terminen fließen und dann hohe Liquiditätsstände verursachen. Alle versuchen, ihre liquiden Bestände möglichst gering zu halten.³

Banken klagen zu Unrecht

Die Negativzinsen sorgen also dafür, dass Geld regelmäßiger fließt und überschüssige Gelder nach Möglichkeit längerfristig angelegt werden. Genau damit erfüllen sie den von der INWO erwünschten Zweck. Das Geld soll fließen. Unsere Zahlungsmittel sind ein öffentliches Gut und dürfen nicht gehortet werden.

Die deutschen Banken klagen über die Politik der niedrigen und sogar negativen Zinsen, die ihren Handlungsspielraum einengt, verkennen aber die positiven Folgen für sie selbst



2018 für die liquiden Rücklagen eine Summe im sechsstelligen Eurobereich. Kämmerer versuchen deshalb, Anlagen zu streuen und Rechnungen schnell zu begleichen. Auch werden die Guthaben häufig auf mehrere Banken verteilt, um Freibeträge auszuschöpfen. Umgehen lassen sich die Negativzins-Zahlungen

sowie für die gesamte Volkswirtschaft. »Das niedrige Zinsniveau bringt den Banken handfeste Vorteile«, schreibt Klaus Willemsen in einem Medienkommentar auf INWO.de, »eine extrem niedrige Insolvenzrate mit geringen Ausfallkosten, eine anhaltende Hochkonjunktur durch die geringere Kapitalbelastung der Wirtschaft und eine positive Konjunkturerwartung durch den Abbau der Massenarbeitslosigkeit.«⁴

1 ksta.de/wirtschaft/-finanzen-sote-kommu-22303596
2 Kommunalbarometer 2018, veröffentlicht auf presseportal.de/pm/128616/3943586
3 sueddeutsche.de/muenchen/freising/negativzinsen-belasten-kommunen-die-last-mit-den-ruecklagen-1.4263103
4 inwo.de/medienkommentare/banken-gegen-negativ-zinsen/

Gudrun Müller und Beate Bockting

Bodenwertsteuer sichert kommunale Finanzen

Eine politische Einigung auf eine reformierte Grundsteuer bleibt weiterhin schwierig. Im Folgenden soll herausgestellt werden, warum die Grundsteuer erhaltenswert ist, und warum die Bodenwertsteuer im Hinblick auf die kommunale Finanzstabilität die beste Reformalternative darstellt.

Die Grundsteuer bildet nach der Gewerbesteuer die wichtigste Einnahmequelle, die die Kommune selbst bestimmen kann. Die untenstehende Darstellung zeigt die Entwicklung des Steueraufkommens seit 1991 im Hinblick auf die Grundsteuer B sowie die Gewerbesteuer. Man kann Folgendes beobachten: Die Grundsteuer B ist eine äußerst stabile Einnahmequelle, die unbeeinflusst von der Konjunktur eine lineare Entwicklung aufweist. Die Gewerbesteuer bringt den Kommunen zwar höhere Einnahmen, ist aber stark konjunkturabhängig, wie die Schwankungen und vor allem der Einbruch im Krisenjahr 2009 zeigen.

Planungssicherheit, Unabhängigkeit, Effizienz

Die Grundsteuer ist des Kämmerers guter Freund: 1. Es ist möglich, die Grundsteuereinnahmen langfristig zu planen. Menschen können abwandern oder zuwandern, aber die Grundstücke bleiben. Und irgendjemandem gehören sie. Einnahmeausfälle sind praktisch ausgeschlossen. Durch das Hebesatzrecht ist die Kommune autark. Durch den Hebesatz bestimmt sie die Höhe der Einnahmen. Niemand kann der Kommune hier hineinreden. 2. Die Einnahmen fließen ohne eigene Ver-

waltungskosten in den Haushalt – das Finanzamt kümmert sich um die Einziehung. Anstelle eines Wirrwarrs an Bagatellsteuern und Sonderabgaben (etwa Hundesteuer, Vergnügungssteuer etc.) verfügt die Kommune mit der Grundsteuer über eine simple und effiziente Methode zur Generierung von Einnahmen.

Welches Reformmodell taugt?

Das Verfassungsgericht sagt: Die Grundsteuer muss bis zum 31.12.2019 reformiert werden. Was steht nun zur Debatte?

Das Flächenmodell: Boden- und Gebäudewert sollen bei diesem Modell keine Rolle spielen, sondern lediglich die Grundstücksfläche und die Bruttogrundfläche des Gebäudes. Dieses Modell ist ein Einfallstor für neue Verfassungsklagen. Es kann die Anforderungen des Verfassungsgerichtshofes im Hinblick auf den Gleichheitsgrundsatz nicht erfüllen. Eine Immobilie in Innenstadtlage mit guter Infrastruktur ist eben etwas anderes als dieselbe Immobilie in »Hintertupfingen«. Das muss steuerlich berücksichtigt werden.

Verschiedene Modelle mit Gebäudewertkomponente: Diese Modelle sind allesamt kompliziert und streitanfällig. Es gibt zahlrei-

che technische Probleme, sobald der Gebäudewert in der Grundsteuerberechnung zum Zuge kommt. Eine Auswahl: Wie berechnet man eine durchschnittliche Nettokaltmiete in einem Gebiet, in dem nur Eigenheime stehen? Was ist mit Gebäuden gleichen Baujahrs, die aber eine vollkommen unterschiedliche Sanierungsgeschichte haben? Soll man gewerbliche und private Nutzung unterscheiden? Soll man auf unbebaute Grundstücke einen anderen Steuersatz anwenden (Baulandsteuer bzw. Grundsteuer C)? Was ist bei einem Gebäudeleerstand? – Die Lösung dieser Probleme erfordert Sachverstand und einiges an bürokratischem Geschick. Von den überlasteten Finanzämtern ist nicht zu erwarten, dass sie den geforderten siebenjährigen Aktualisierungsturnus mit dem jetzigen Personalschlüssel durchhalten können. Ein standardisiertes Verfahren zur regelmäßigen Neubewertung von ca. 36 Mio. wirtschaftlichen Einheiten, die der Grundsteuer unterliegen, ist nicht trivial.

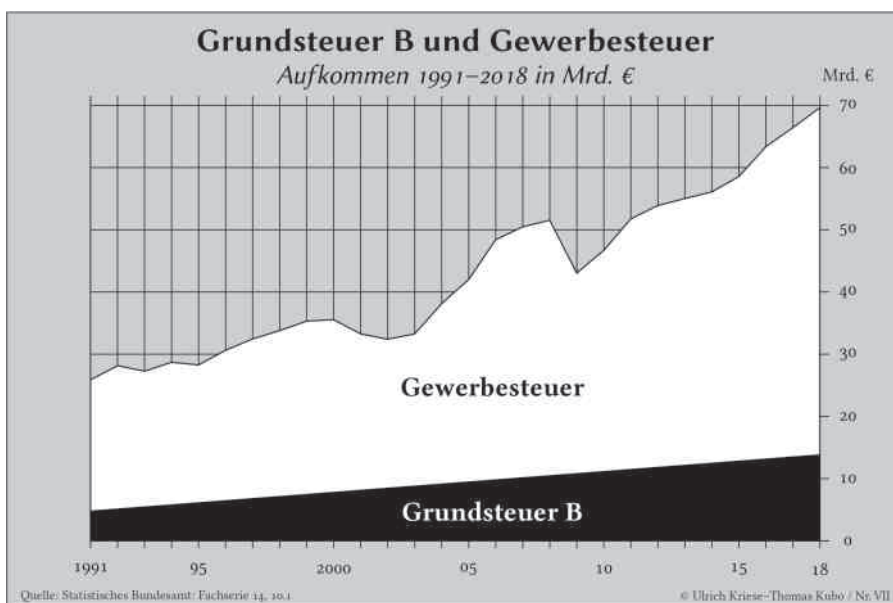
Abschaffung: Es gibt nun Stimmen, welche die Abschaffung der Grundsteuer fordern. Die Grundsteuer-Gegner versäumen es, auf zwei Fragen eine Antwort zu geben: 1. Durch welche alternative Einnahmequelle sollen die kommunalen Finanzen sichergestellt werden? 2. Verfügt die alternative Einnahmequelle über dieselben strukturellen Vorteile wie die Grundsteuer?

Im Hinblick auf die kommunale Finanzstabilität dürfte jeder Kämmerer, der die Grundsteuerreform-Debatte verfolgt, mit Sorge erfüllt sein. Es droht der Ausfall der Grundsteuer: bei der Flächensteuer durch das Einschreiten des Bundesverfassungsgerichtes, bei allen Modellen mit Gebäudekomponente durch das Vollzugsdefizit aufseiten der Behörden.

Vorteile der Bodenwertsteuer

Die Bodenwertsteuer bietet dagegen einen eleganten Ausweg, ohne die strukturellen Vorteile der Grundsteuer aufzugeben:

- Sie ist klar wertabhängig und differenziert nach Lagen. Sie erfüllt damit eindeutig die Weisungen des Bundesverfassungsgerichtes.



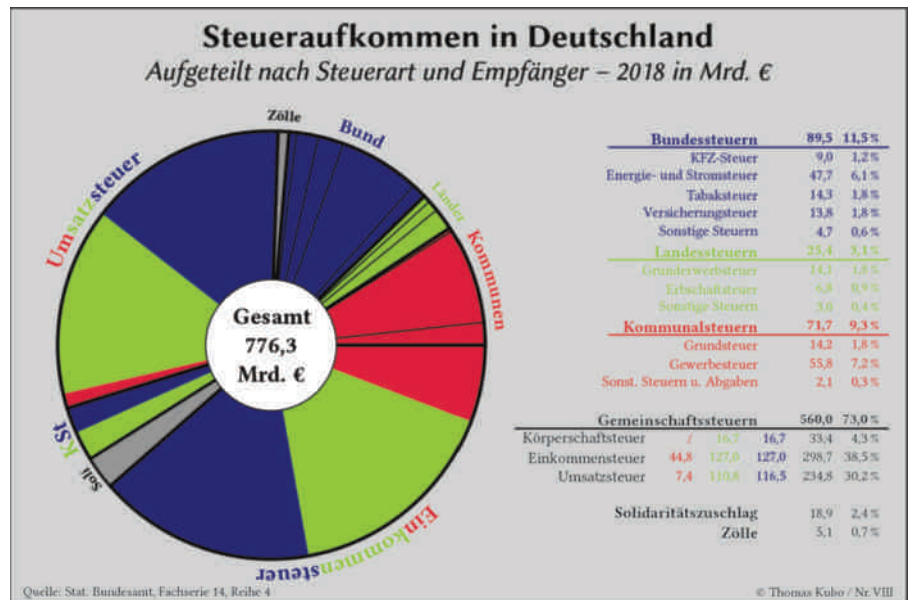
- Die Grundstücksgrößen liegen bereits vor. Es bedarf keiner Nachfeststellungen und keiner ausgeklügelten Berechnungsverfahren, mit denen vollkommen verschiedene Typen und Nutzungsarten von Gebäuden steuerlich erfasst werden sollen.
- Die Bodenrichtwerte pro m² sind flächendeckend vorhanden und werden jährlich von den Gutachterausschüssen aktualisiert.
- Die Eigentümer sind im Grundbuch eingetragen. Eigentümerwechsel hält das Grundbuchamt fest, sie müssen nicht vom Finanzamt nachkontrolliert werden.

Die Bodenwertsteuer hat auch noch andere Vorteile:

- Durch die Besteuerung nur der Bodenwerte wird das spekulative Horten von Immobilien unattraktiv. Es ist nicht nötig, eine diffizile Ausnahmeregelung für unbebaute, aber baureife Grundstücke zu schaffen. Wenn Baulücken in Innenstädten genutzt werden, sinken die Baulandpreise. Neue Flächen müssen erst ausgewiesen werden, wenn alle Baulücken geschlossen sind. Will jemand ein Grundstück verkaufen, kann die Kommune von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen.
- Aus ökologischer Sicht sind alle Modelle mit einer Gebäudewertkomponente ungeeignet, denn die notwendige Sanierung von Altbauten wird so bestraft. Die Bodenwertsteuer stellt dagegen kein Hemmnis für sinnvolle Investitionen dar.

Öffentliche Debatte über unser Steuersystem

Die Grundsteuerreform-Debatte wurde viele Jahre lang im Hintergrund geführt, ohne die



Bürgerinnen und Bürger bei diesem wichtigen Thema miteinzubeziehen. Seit der Behandlung durch das Bundesverfassungsgericht und seinem Urteil vom April 2018 gibt es zwar mehr mediale Aufmerksamkeit, doch die Diskussion wird meist sehr unsachlich geführt. In der Bevölkerung wird vor allem Angst vor einer höheren Steuerbelastung geschürt. Tatsächlich ist das Grundsteueraufkommen im Vergleich zu den anderen Steuern verschwindend gering. In der obigen Grafik ist das Steueraufkommen der öffentlichen Haushalte für das Jahr 2018 abgebildet.

Der Staat finanziert sich zu mehr als zwei Dritteln aus Steuern und Abgaben auf menschliche Tätigkeit und Umsätze. Expliziter Umweltverbrauch wird mit nur wenigen Prozent

besteuert, wobei die Umsatzsteuer keinen Unterschied macht, ob ein Produkt oder eine Dienstleistung umweltfreundlich ist oder nicht. Die Grundsteuer macht nicht einmal zwei Prozent aus und entspricht etwa den Einnahmen aus der Tabaksteuer, die in den Bundeshaushalt fließt.

Der Boden eignet sich allerdings viel besser zur Besteuerung als Arbeit. Eine Bodenwertsteuer würde vor allem Mieter in Mehrfamilienhäusern entlasten, denn durch diese Bauungsweise wird Boden sparsam genutzt. Solange die Grundsteuer umlagefähig bleibt, teilen sich die Parteien diese. Je mehr Parteien, desto weniger Grundsteuer für den einzelnen. Bei der Bodenwertsteuer steht die Möglichkeit der Umlage überhaupt auf dem Prüfstand.¹ Dann wäre es den Eigentümern, die bisher von dieser Möglichkeit profitiert haben, nicht mehr möglich, die Grundsteuer über die Betriebskosten abzurechnen.

Mit der Bodenwertsteuer hätten die Kommunen ein Reformmodell, das wesentliche Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtes erfüllt und dabei gleichzeitig einfach und effizient einzuführen ist.

Die Kommunen haben das Recht und die Pflicht, sich in die Grundsteuer-Debatte einzumischen, auch wenn die Gesetzgebungskompetenz bei Bund und Ländern liegt. Denn sie müssten am Ende mit den Folgen leben, welche eine verkorkste Grundsteuer-Reform mit sich brächte.

Thomas Kubo

Grundsteuer: Zeitgemäß! – Reader

Anfang 2019 erschien im Verlag Thomas Kubo ein von Ulrich Kriese, Dirk Löhr & Henry Wilke herausgegebener umfangreicher, über 400 Seiten starker Sammelband zum Thema Grundsteuer und Bodenreform. Dieser Reader bietet sowohl Grundagentexte zur Bodenreform als auch spezifische Erläuterungen zum Vorschlag der Bodenwertsteuer. Wir empfehlen allen Unterstützern von »Grundsteuer: Zeitgemäß!«, sich ein Exemplar als Argumentationshilfe anzuschaffen. Der Band, der 18 Euro kostet, eignet sich auch zum Weitergeben an Multiplikatoren, Freunde und Bekannte.

Mit Beiträgen von:

Eckhard Behrens; Jonathan Barth; Oliver Richters; Andreas Siemoneit; Barbara Hendricks; Ulrich Kriese; Henry Wilke; Dirk Löhr; Ralph Henger; Thilo Schaefer; Hans-Jochen Vogel; Diana Coulmas; Michael Lehmbrock; Kai Schlegelmilch; Ted Gwartney; Nicolaus Tideman; Fritz Andres; Wilhelm Matzat; David Kapfer; Herbert K. R. Müller; Werner Onken und Felix Fuders.

Internet: www.grundsteuerreform.net

Bestellungen direkt beim Verlag:
E-Mail: verlag@thomaskubo.de



¹ Vgl. hierzu Dirk Löhr: Grundsteuerreform: Abschaffung der Umlagefähigkeit? In: Betriebsberater 2019(3), S. 91–97.

Grundeigentum ist kein Menschenrecht – Wohnen schon

Wohnen wird immer teurer – doch das muss nicht sein. Boden in öffentlicher Hand verhindert Spekulationsblasen und dämpft die Preisentwicklung. Die Konzepte dafür gibt es seit langem.

W

as braucht der Mensch zum Leben? An Nahrung denken die meisten sofort, auch an Wasser, saubere Luft, vielleicht auch an emotionale Bedürfnisse. Der Mensch braucht aber auch Raum. Einen Platz zum Wohnen, für Familienleben, Freizeit und Erholung. Und oft sind Grund und Boden auch die Quelle des Einkommens. Der Boden ist buchstäblich die Grundlage für menschliches Leben.

Was der Mensch für seine Existenz unbedingt braucht, das wird ihm durch die Menschenrechte garantiert. Inhalt und Umfang dieser Rechte haben sich im Laufe der Zeit immer wieder verändert. Auch ihr rechtlicher Status ist unterschiedlich: In vielen Ländern sind gewisse Teile der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in Verfassungsrecht übergegangen. Dazu gehört auch das Recht auf Eigentum. Vielerorts, auch in der Schweiz, wird das individuelle Eigentum verfassungsrechtlich geschützt. Wer hat, dem darf nicht einfach genommen werden.

Wen schützt das Eigentumsrecht eigentlich?

Und das natürlich zu Recht. Wie die gesamte Erklärung der Menschenrechte entstand auch das Recht auf Eigentum unter dem Eindruck willkürlicher Herrschaft. Es soll vor gierigen Tyrannen schützen, die sich auf Kosten Wehrloser bereichern. Vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen ist das gut nachvollziehbar.

Liberalismus: Freiheit dank dem Staat

John Locke (1632–1704) war der Überzeugung, dass jeder Mensch nicht nur das Eigentum an seiner eigenen Person habe, sondern auch an allem, was er durch seine körperliche Arbeit erschaffe. Das Werk seiner Hände müsse vor Willkür und Unterdrückung der Mächtigen geschützt werden. Diese Auffassung prägte die liberale Definition von Freiheit. Die neoliberale Ideologie geht jedoch fehl, wenn sie sämtliches staatliche Handeln als Angriff auf die Freiheit sieht. Armut, Hunger, Ausbeutung und auch die Wohnungsnot sind strukturelle Grausamkeiten, die durch unsere Wirtschaftsordnung gefördert werden. Seit der Entstehung des Kapitalismus bildeten und bilden sich neben dem Staat neue Machtzentren wie zum Beispiel Immobilienkonzerne. Gegen diese muss und kann ein demokratischer Staat die Menschen und ihre Freiheit schützen. Wenn der Staat Grund und Boden dem Markt entzieht, schafft er Eigentum ab, wo im Sinne von Locke gar kein Eigentum existieren dürfte, ja wo diese Form von Eigentum gar eine Perversion des liberalen Freiheitsbegriffes bedeutet.



So beinhaltet die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte zwar das Recht auf Eigentum und Schutz vor Beraubung (Art. 17) sowie das Recht auf eine Wohnung (Art. 25) und deren Schutz vor willkürlichen Eingriffen (Art. 12) – ein Recht auf Grund und Boden sucht man darin jedoch vergeblich. Das ist erstaunlich, denn immerhin geht es ja um lebensnotwendigen Raum.

Das liegt wohl daran, dass das hehre Ziel des Eigentumsschutzes kompliziert wird,

wenn es um Grundeigentum geht. Denn dann stellt sich die Frage: Wer wird eigentlich geschützt? Die Person, die den Grund legal besitzt? Oder die Person, die den Grund zum Leben braucht? Das Recht auf Grundeigentum war wegen dieser Fragen schon immer umstritten. Tatsächlich gibt es in den meisten Ländern die Möglichkeit, Grund und Boden zu enteignen, wenn es etwa um den Bau von Verkehrsprojekten geht.

Fakt ist, mit der althergebrachten Vorstellung vom Eigentumsschutz als Wehrschild gegen tyrannische Herrscher kommt man heute beim Thema Boden nicht weit. Die Frage muss sozial gestellt werden.

Boden – die soziale Frage

Aus sozialer Sicht ergibt sich ein Dilemma. Heute haben nicht alle, die Raum brauchen, auch Eigentum daran. Oder umgekehrt ist lebensnotwendiger Raum oft nicht im Besitz derer, die ihn brauchen. Grosse Immobilienkonzerne verwalten mitunter zehntausende von Wohnungen. Pensionskassen, Versicherungen und Fonds nutzen den Wohnungsbestand für Geldanlagen. Denn in Zeiten niedriger Zinsen versprechen sie vergleichsweise gute Renditen. Dabei geht es oft gar nicht mehr ums Wohnen. Immobilien sind dann kein Zuhause,

sondern Objekte, die gekauft und verkauft werden, ohne dass die Eigentümer je den Schlüssel in der Wohnungstür herumdrehen. Auch bleiben oft Grundstücke selbst in besten Lagen ganz unbebaut. Mit ständig steigendem Preis wechseln sie ein ums andere Mal die Eigentümer. Sie machen die Gewinne, für die die Mieter später bezahlen.

Was das konkret bedeutet, lässt sich in den europäischen Hauptstädten beobachten. Ob in Paris, London oder zunehmend verschärft in Berlin: Immer öfter wird gebaut, aber nicht gewohnt. Zum Beispiel in Belgravia: Der Londoner Stadtteil ist dicht bebaut. Doch hinter vielen Fenstern findet kein Leben statt. Die Eigentümer leisten sich ihre Zweit-, Dritt- oder Viertwohnung in erster Linie als Anlageobjekt. Junge Familien mit Kindern, Einwandererfamilien, Fabrikarbeiter, Studierende, Senioren, ganze Bevölkerungsschichten können sich das Leben in den Innenstädten der Metropolen dagegen nicht mehr leisten. An Eigentumserwerb ist für sie schon lange nicht mehr zu denken. Zunehmend werden sogar die Mieten unerschwinglich. Das Grundbedürfnis Wohnen ist – bedingt durch astronomisch steigende Bodenpreise – zur sozialen Frage geworden.

Boden ist umkämpft

In Berlin tobt deshalb ein Kampf. Die Stadt, deren Menschen statistisch gesehen nur unterdurchschnittliche Einkommen erzielen, erlebt seit einigen Jahren die höchsten Preisanstiege bei Immobilien und Mieten. In einigen Innenstadtlagen haben sich die Quadratmeterpreise binnen sechs Jahren verdreifacht. Diese Anstiege sind steiler als diejenigen in Irland oder Spanien vor dem Platzen der Immobilienblase 2008. Und wieder sind alle Zutaten vorhanden: Eine wachsende Stadt, knapper Grund, niedrige Zinsen und spekulative Deals. Jetzt liegt in Berlin die Frage eines Volksentscheids auf dem Tisch: Soll Wohnraum Gemeinschaftseigentum sein? Mit anderen Worten: Sollen die grossen, privaten Immobilienkonzerne zugunsten der Stadt enteignet werden?

Der Gedanke der Enteignung ist nicht neu. Immer wieder in der Geschichte entzündeten sich Konflikte an der Frage, ob Landbesitz umverteilt werden sollte, um gesamtgesellschaftlichen Zielen zu dienen. Geführt wurden sie oft mit Ideen, zum Beispiel durch liberale Denker wie John Locke, John Stuart Mill oder Adam Smith. Geführt wurden sie aber noch öfter mit Waffen. Auch heute noch, in diesen Tagen, wird in Simbabwe und Südafrika um die Übertragung von Grund an schwarze Farmer blutig gekämpft. Es scheint ein niemals endender Konflikt zu sein.

Dabei entwickelte Silvio Gesell vor fast hundert Jahren die Idee einer Freiwirtschaft, mit der Grund und Boden in Gemeinschaftseigentum überführt werden kann, auf friedlichem Wege, ohne Kämpfe zu provozieren. »Frei-

Aktuelle Bodenpolitik in der Schweiz



darf – meistens verbunden mit Auflagen an die Gemeinnützigkeit. Auch die eidgenössische Volksinitiative »Mehr bezahlbare Wohnungen«, die demnächst zur Abstimmung kommt, will der Wohnungsnot begegnen. Neben der Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus verfolgt die Initiative das Ziel, Kantonen und Gemeinden ein Vorkaufsrecht für Grundstücke zu gewähren. Mehr zur Bodensituation in der Schweiz unter www.gemeingutboden.ch

land« sollte durch zweierlei gelingen: Erstens sollten die Privateigentümer angemessen entschädigt werden. Und zweitens sollten die staatlichen Pachteinnahmen langfristig der Gemeinschaft zugutekommen, indem damit zum Beispiel Familien unterstützt werden. Das Privateigentum an Gebäuden sollte davon unberührt bleiben. Nach wie vor sollten also Wohnungen, Gewerbeimmobilien oder Geschäftshäuser in privater Initiative errichtet und auch gehandelt werden können.

Der entscheidende Vorteil von Freiland liegt darin, dass mit Grund und Boden nicht mehr spekuliert werden könnte. Der Preisdruck nach oben, der nur aus der Lust an der Geldvermehrung entsteht, wäre mit einem Mal verpufft. Diese Entspannung dürfte direkt auf die Mieten durchschlagen. Das Ergebnis: Für alle Menschen wäre ihr Wohn- und Lebensraum wieder bezahlbar.

Vergemeinschaften, bevor es zu spät ist

Genau darum geht es heute auch wieder. Ein zentrales Menschenrecht steht auf der Kippe. Obwohl Wohnen eine Existenzbedingung ist, wird das Recht auf Privateigentum heute oft höher gewichtet. In Berlin und anderswo wurden schon viele alteingesessene Bewohner aus ihren Quartieren vertrieben. Andere mussten ihr Leben einschränken, um die steigenden Wohnkosten bezahlen zu können. Gegen die Macht der Spekulanten und Konzerne konnten sie sich nicht alleine wehren. Mit diesem Missverhältnis muss die Politik nun Schluss machen. Sie ist in der Pflicht, die Lösung des sozialen Dilemmas als eine politische Aufgabe zu begreifen – und das Menschenrecht auf Wohnen zu garantieren. Dafür braucht es mehr als nur Lippenbekenntnisse. Der Staat muss eine gerechte Bodenordnung schaffen. Zudem muss sich – da die ungerechte Verteilung schon so weit vorangeschritten ist – der öffentliche Sektor wieder stärker auf dem Wohnungsmarkt engagieren. Auch eine Enteignung großer Wohnungsbestände kann sinnvoll sein.

In der Schweiz gibt es auf kommunaler Ebene grösstenteils erfolgreiche Bestrebungen, den Boden als Gemeingut zu stärken. Die Bodeninitiativen verlangen, dass die öffentliche Hand Grundstücke nicht mehr verkaufen, sondern nur noch im Baurecht (in Deutschland: Erbpacht) abgeben

Was spricht eigentlich gegen die Kommunalisierung von Boden und Immobilien? In der Berliner Debatte bemühen die Gegner vor allem ein Argument. Durch die Enteignung der Immobilienkonzerne würde keine einzige zusätzliche Wohnung entstehen. Diese Sicht ist nicht besonders überzeugend, vielleicht sogar entlarvend. Denn immerhin steckt darin so etwas wie das Zugeständnis, dass der freie Wohnungsmarkt bis jetzt nicht die benötigten Wohnungen geschaffen hat. Daraus den Schluss zu ziehen, das müsse auch so bleiben, weil es anders genauso schlecht wäre, ist allerdings abenteuerlich. Und zudem nicht durch die Erfahrung gestützt. Wir wissen sehr wohl, dass der öffentliche Wohnungsbau in seiner langen Geschichte seit den Zwanzigerjahren bezahlbare, lebenswerte und qualitativ dauerhafte Siedlungen geschaffen hat. Ein eindrückliches Beispiel ist etwa der berühmte rot-gelbe Karl-Marx-Hof in Wien, der in den Dreissigerjahren Standards bei den sanitären Anlagen setzte und bis heute als Wohnquartier beliebt ist.

Einige Schweizer Städte, wie Zürich und Genf, gehören heute schon zu den teuersten der Welt. Die Einkommen in diesen Städten sind ebenfalls hoch, deswegen ist der soziale Sprengstoff noch nicht explodiert. Aber die Lunte brennt. Niemand weiss, welche Orte Bodenspekulanten als nächstes ins Visier nehmen. Die Schweiz steht mit ihrer wachsenden Einwohnerzahl und knapp bemessenen Flächen bei manchen ganz sicher auf der Liste. Deshalb sollten wir jetzt den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbestand stärken, in öffentlichen Wohnungsbau investieren und auch vor dem Übertrag von privatem zu öffentlichem Eigentum nicht zurückschrecken. Das ist der konsequenteste Weg, um jedem Menschen den Lebensraum zu ermöglichen, den er braucht. ■

Marco Fritschi ist Vorstandsmitglied der INWO Schweiz und vertritt die Ideen für eine nachhaltige, humane sowie gerechte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung auch als sozialliberaler Politiker in der SP Schweiz. Der Text steht unter einer CC BY-ND 4.0 Lizenz.

Regionalwährungen parallel zum Euro?

Komplementär zum Euro könnten mit regionalen Geldsystemen die Probleme des Euro abgemildert, Geldreformansätze getestet und nachhaltigere, regionale Wirtschaftskreisläufe gefördert werden.



Regionen sind oft identitätsstiftender als Nationalstaaten. Eine Rückbesinnung auf ökologisch nachhaltigeren wirtschaftlichen Austausch in der Region setzt zudem einer ungezügelten Globalisierung etwas entgegen.

Bei der Frage nach der optimalen Größe und Ausgestaltung von Währungsräumen können wir zunächst an Mundell's Theorie optimaler Währungsräume ansetzen.¹ Nationalwährungen basieren auf Staaten, die sich aufgrund kultureller, politischer und auch wirtschaftlicher Bedingungen und Gestaltungen historisch völlig unterschiedlich entwickelt haben. Nationalstaaten stimmen kaum mit »Wirtschaftsregionen« überein. Ein Silicon Valley hat eine völlig andere Produktivitätskennzahl als Wyoming. Auch ländliche Regionen wie die Uckermark unterscheiden sich bei der wirtschaftlichen Produktivität sehr stark von Stadtregionen wie Hamburg oder München. Dennoch gelten der US-Dollar im Silicon Valley und in Wyoming und der Euro in Metropolregionen und ländlichen Räumen.

Euro erfordert Mobilität

Damit das funktioniert, nennt Mundell die Faktormobilität, insbesondere die Mobilität des Faktors Arbeit, als Bedingung. Das bedeutet, dass Arbeitskräfte in Gebieten mit Arbeitslosigkeit bereit sind, zu produktiven Standorten mit hoher Nachfrage nach Arbeitskräften umzuziehen. McKinnon weist zudem darauf hin, dass auch Faktormobilität zwischen Wirtschaftssektoren eine Rolle spielt, die es zu berücksichtigen gilt.² Das betrifft wiederum die Ausbildung der Mitarbeiter, die sich nicht ohne Weiteres ändern lässt. Kulturelle Faktoren wie Sprache und Verhaltensweisen sind ebenfalls zu berücksichtigen. Eine weitere »Lösung« ist die Senkung von Löhnen in weniger produktiven Teilregionen. Ist weder die Faktormobilität noch die Bereitschaft zum Verzicht vorhanden, sieht Mundell ein Problem für eine gemeinsame Währung. Dies findet

bereits Ende der 50er Jahre Niederschlag in der aufkeimenden Debatte zur Europäischen Währungsunion. Während die einen Ökonomen die Unterschiede betonen und einen flexiblen Wechselkurs zwischen den europäischen Nationalstaaten bevorzugen, sehen andere Ökonomen in der mangelnden Faktormobilität eine lösbare Herausforderung. Übereinstimmung zwischen Befürwortern und Gegnern sieht Mundell darin, dass anerkannt wird, dass die Faktormobilität eine entscheidende Größe ist.

Auseinanderdriften der Eurostaaten

Mundell sieht als theoretisches Optimum »regionale Währungen«, die in geographischen Zusammenhängen gebildet werden, die nach innen von einer hohen Faktormobilität gekennzeichnet sind und nach außen eine geringe Faktormobilität aufweisen. Weitere

Kriterien sind die Handelsaktivität und die Korrelation der Konjunkturzyklen und die Bereitschaft zum Transfer von Risiken und fiskalischen Budgets.

Diese Fragestellungen haben beim Entstehen des Euro eine sehr große Rolle gespielt: Einig waren sich die meisten Ökonomen darin, dass es zwischen den Nationen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion insbesondere zwischen den sogenannten »Konvergenzländern« und »Kohäsionsländern« große Unterschiede gab. Galten also Staaten wie Deutschland, Frankreich, Dänemark als relativ »konvergent«, wurden bereits damals Staaten wie Griechenland, Spanien, Portugal und Irland als weniger wohlhabend und produktiv eingestuft. Während die Mehrheit der amerikanischen Ökonomen annahm, dass ein gemeinsamer Euro aufgrund der hohen Divergenz große Probleme aufwerfen würde, war der Optimismus unter europäischen Politikern und Ökonomen sehr viel größer, dass im Zuge der Einführung des Euro mittel- und langfristig eine Konvergenz zwischen den Staaten eintreten würde. Jedoch zeigen empirische Langfriststudien ein starkes Auseinanderdriften innerhalb der Euro-Zone³. Auch heute besteht der Streit fort, ob der beschrittene Weg sinnvoll war, ob die teilnehmenden Staaten richtig zusammengesetzt sind und ob und wie es zur weiteren Konvergenz kommen kann. Zugleich befinden wir uns beim Euro nicht mehr auf der »grünen Wiese« (ex-ante-Situation), sondern die rechtlichen Rahmenbedingungen und die geschaffenen Tatsachen (ex-post-Situation) sowie die daraus entstandenen Wirtschaftsstrukturen müssen bei aktuellen Lösungen mitberücksichtigt werden. Doch welche Lösungsansätze gibt es?

Lösungsansätze zur Konvergenz

Der Königsweg in Mundell's Modell ist der Umzug von Arbeitslosen von den Ländern mit Arbeitslosigkeit in Länder mit hoher Arbeitsnachfrage. Fragen der kulturellen Entwurzelung, der Sprachbarrieren und der Qualifikationsunterschiede spielen im reinen Modell erstmal keine Rolle, führen aber in der Praxis dazu, dass sich erhebliche Zeitdifferenzen ergeben, wenn es überhaupt dazu kommt, dass sich Menschen aus ihrem eigenen Kulturkreis in der benötigten Anzahl wegbewegen. In der Tat fanden in den letzten Jahren beachtliche

Bewegungen innerhalb der Europäischen Union statt. Ein Großteil des Zuwachses der Beschäftigung in Deutschland und anderen wirtschaftsstarken Ländern ist auf eine Einwanderung aus Osteuropa zurückzuführen, so dass die Arbeitsmärkte in den krisengeschüttelten Euro-Südstaaten nur marginal »entlastet« wurden. Zudem fehlen die oft jungen und relativ gut ausgebildeten Abwanderer

**»Das optimale
Währungsgebiet ist
nicht die Welt.
Das optimale
Währungsgebiet
ist die Region.«
Robert Mundell**

im heimischen Arbeitsmarkt, um Dynamik und Kreativität in die wirtschaftliche Entwicklung einzubringen.

Hoch umstritten ist der Vorschlag einer »Transferunion«, der einen direkten Transfer von wirtschaftsstarken zu wirtschaftsschwachen Ländern vorsieht. Meist geht es dabei um Investitionen in Infrastruktur oder in den Aufbau von Branchen, die eine Erhöhung der Produktivität versprechen. Als Vorbild wird der jahrelange Aufbau in Ostdeutschland als Beispiel herangezogen, der zu erheblichen Verbesserungen, aber bis heute nicht zu gleichwertigen Lebensverhältnissen geführt hat. Aus kulturell-historischen Gründen trat die ökonomische Kalkulation in den Hintergrund. Alternative Wege der Zusammenführung mit Hilfe einer Parallelwährung spielten zwar in der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion, aber nicht im politischen Prozess eine Rolle.

Vielversprechend erscheinen Ansätze aus der Modern-Money-Theorie, um geldpolitische Impulse in der Peripherie zum Beispiel über Investitionsprogramme aus Mitteln staatlicher Investitionsbanken oder eine Job-Garantie zu setzen⁴. Für eine Umsetzung auf EU-Ebene

sind allerdings keine politischen Mehrheiten in Aussicht.

Zinssenkungen und Fiskalpolitik

Ähnlich sieht es mit einer stärkeren Differenzierung der Geldpolitik aus, um dem erhöhten Liquiditätsbedarf peripherer Staaten Rechnung zu tragen. Am ehesten ist eine Bereitschaft zur weiteren Senkung der Zinsen wahrscheinlich, wobei sich hier das große Problem der physischen Nullzinsschranke stellt, nämlich dem von der EZB garantierten Nullzins auf Bargeld. Doch auch hier gibt es verschiedene technische Vorschläge, wie auch das Bargeld mit Negativzinsen versehen werden könnte.

Bei den Lösungswegen, die von den Staaten selbst gegangen werden können, ist vorrangig die Fiskalpolitik zu nennen, jedoch sind enge Restriktionen durch den Maastricht-Vertrag auferlegt. Einzelne Staaten konnten durch eine aktive Fiskalpolitik Schlimmeres verhindern, wie Bofinger in einem Minderheitsvotum des Sachverständigenrats dargelegt hat⁵. Jedoch sind der Fiskalpolitik innerhalb der Eurozone im Sinne einer Austeritätspolitik sehr enge Grenzen gesetzt. Vermieden werden soll dadurch langfristig eine Überschuldung der Peripherie-Staaten, die sich allesamt mit höheren Zinsaufschlägen verschulden müssen und daher einer stärkeren Zinsseszins-Dynamik ausgesetzt sind.

Regionale Komplementärwährungen

Die klassischen Instrumente wären an dieser Stelle erschöpft, doch gibt es für Regionen innerhalb der Europäischen Union einen weiteren unkonventionellen Weg, indem regionale Komplementärwährungen auf den Weg gebracht werden könnten.

Dies führt im Modell von Mundell zu einer Erweiterung in Form eines Multiwährungsansatzes. Dabei wird weiterhin von einer Einheitswährung ausgegangen, die den Wechselmechanismus komplett ausschaltet und damit die bisherigen variablen Wechselkurse fixiert. Hinzu kommen ergänzende Währungsmodelle in Form von Komplementärwährungen, die eine Flexibilisierung der Regeln bestimmter Funktionen des Geldes erlauben und bei Bedarf auch den Wechselkurs flexibilisieren. Durch die gezielte regionale Anwendung kommt die Veränderung der Geldregeln bzw. eine Ausweitung der Geldmenge nur in dem Teilgebiet des Währungsgebiets zur Anwendung, in dem eine Unterlastung in der gesamten Teilregion oder in bestimmten Sektoren der Teilregion herrschen.

Zwar gibt es Theorie-Modelle, die eine zweite Währung innerhalb eines Währungsgebiets betrachten⁶, nicht aber in Bezug auf Teilräume. Diese Art des Denkens hat bereits Platon

- 1 Mundell, Robert (1961): A Theory of Optimum Currency Areas, in: The American Economic Review, 1961(51), S. 657–665.
- 2 McKinnon, Ronald I. (1963): Optimum Currency Areas, in: The American Economic Review, 53. Jg., Nr. 4, S. 717–725.
- 3 Vgl. Campos, Nauro F./Macchiarelli, Corrado (2016): Core and Periphery in the European Monetary Union: Bayoumi and Eichengreen 25 years later, in: Economics Letters, 147. Jg., S. 127–130; Borsi, Mihály Tamás/Mettu, Norbert (2013): The evolution of economic convergence in the European Union, Frankfurt am Main.
- 4 Wray, Larry Randall (2018): Modernes Geld verstehen. Der Schlüssel zu Vollbeschäftigung und Preisstabilität, Berlin.
- 5 Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2015), S. 53.
- 6 Kiyotaki, Nobuhiro/Wright, Randall D. (1993): A search-theoretic approach to monetary economics, in: The American Economic Review.

Lokale und regionale Wirtschaftssysteme nutzten bereits vor Jahrtausenden wechselseitige Buchhaltungssysteme, die zum Beispiel auf Kerbhölzern dokumentiert wurden (hier Beispiele aus den Schweizer Alpen, 18. bis frühes 20. Jhdt.)



vorweggenommen. In seiner Formulierung der Gesetze (»Nomoi«) führt er aus, dass sich für eine Gemeinde (»oikos«) ein duales Währungssystem eignet, wonach die eine Währung aus einer »Hartwährung« besteht und dem internationalen Handel dient und die andere eine »Weichwährung« ist, die den Binnenhandel anregt.⁷ Der Binnenhandel sollte im Vordergrund stehen, ohne jedoch nach außen abgeschottet zu sein.

Auch die anthropologische Forschung hat duale und multiple Währungssysteme in der Geschichte als »Normalfall« entdeckt. Dorfwirtschaften nutzten bereits vor Jahrtausenden wechselseitige Buchhaltungssysteme, um Forderungen durch Knoten in Schnüren oder Einkerbungen in Hölzern festzuhalten. Die lokalen Kreditsysteme wurden in überschaubaren lokalen Zusammenhängen organisiert, um Liquiditätsprobleme von Bewohnern zu überbrücken, indem vorübergehend Kredite gewährt wurden, die mit späteren Erträgen oder Leistungen getilgt wurden. Typische Beispiele sind der Verleih von Werkzeugen und das Verteilen von Saatgut von Händlern an Bauern, die erst im Herbst über die Ernte verfügen. Die Nähe schaffte das wechselseitige Vertrauen, dass man bestimmte Güter ledig-

lich auf das Versprechen einer späteren Leistung gibt. Beim Leistungsaustausch mit Fremden aus anderen Gegenden wurden die Kre-

Regionalwährungen sind nicht nur ein sozio-technisches Werkzeug, sondern auch ein gemeinschaftsbildendes und demokratieförderndes Element in einem lebendigen Europa der Regionen.

reditsysteme kaum angewandt, stattdessen wurden Edelmetalle, seltene Muscheln oder Gebrauchsgegenstände verwendet. Lange Zeit wurde in der Forschung angenommen, dass die physischen Wertgegenstände das alleinige Zahlungsmittel gewesen wären, während heute davon ausgegangen wird, dass lokale Kreditsysteme eine sehr viel

größere Rolle als der überregionale Handel gespielt haben dürften.

Wirtschaftskreisläufe nachhaltiger gestalten

Die Bedingungen für die Emergenz von Regionalwährungen sind vielfältig und können geschichtlich oft nicht mehr nachvollzogen werden. Die Förderung der lokalen oder regionalen Wirtschaftsaktivität dürfte ein sehr häufiges und starkes Motiv sein. Sowohl vor der Entwicklung des Schweizer WIR, des WÄRA-Systems und der Arbeitswertbestätigungen in Wörgl war eine tiefgreifende Wirtschaftskrise vorausgegangen. Zwar wurde das »Freigeld« von Silvio Gesell schon Jahre zuvor diskutiert, aber erst in Verbindung mit einer Krise praktisch umgesetzt. Bei den Regionalwährungen stand jedoch keine akute Krise im Vordergrund, sondern das Ansinnen, die Wirtschaftskreisläufe zu regionalisieren und nachhaltiger zu gestalten. Außerdem sollte der Anteil der Gelder, die an gemeinnützige Einrichtungen fließen, erhöht werden. Die Emergenz einer Parallelwährung kann somit auch von den Wertevorstellungen der Akteure getragen sein.

Bei vielen Parallelwährungen werden wir Ähnlichkeiten zur Geldschöpfung der Banken fest-

stellen. Grob gesagt kann eine Komplementärwährung ein »Kreditclub« sein, der den Teilnehmern unter bestimmten Bedingungen Liquidität auf Zeit zur Verfügung stellt⁷. Dieser »Kreditclub« macht vor allem dort Sinn, wo es eine »Kreditklemme« gibt. Generell sind vor allem kleinste und kleine Unternehmen von Kreditklemmen besonders betroffen, die durch wirtschaftsschwache Phasen noch einmal verstärkt werden. Durch die relative Geschlossenheit einer Komplementärwährung handelt es sich nicht nur um eine zusätzliche Form der Liquiditätsbeschaffung, sondern auch um ein Marketinginstrument, die erforderliche Liquidität mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit im abgegrenzten Markt durch Leistungen wieder zu gewinnen und damit den Komplementärwährungs-Kredit zurückzuführen. Dabei spielen räumliche und zeitliche Faktoren eine große Rolle.

Regionalwährung SARDEX

Besonders gut darstellen lässt sich der Kreditclub-Ansatz am Beispiel der sardischen Komplementärwährung SARDEX. Die gleichlautende Recheneinheit wird 1 zu 1 zum Euro bewertet. Sie ist auf einer Insel mit 1,65 Mio. Bewohnern gültig. Die Wirtschaftslage der Region ist im Vergleich zum EU-Durchschnitt relativ schwach. 2017 waren 14 % der Erwerbspersonen arbeitslos (2016: 17,3%), bei den Jugendlichen waren es sogar 40% (Quelle: Eurostat). Aktuell nehmen etwa 4.000 Unternehmen teil. 2018 lag der Umsatz bei etwa 350 Millionen Sardex. Der Anteil an der regionalen Wirtschaftsleistung Sardinien (basierend auf Zahlen von Eurostat) beträgt nach



eigenen Berechnungen etwa 0,4%. Im Süden und im Südwesten Sardinien übersteigt der Anteil an der regionalen Wertschöpfung ein Prozent. Geht man davon aus, dass der größte Teil der Wertschöpfung durch eine bessere Auslastung des Produktionspotenzials zustande kommt, kann davon ausgegangen werden dass Sardex-Unternehmen überdurchschnittlich viele Beschäftigte eingestellt haben. Ein Teil des Rückgangs der Arbeitslosigkeit dürfte somit auf die Komplementärwährung zurückzuführen sein.

Grundlegende Geldreform-Ideen wie das Freigeld, das Vollgeld, Modern-Money-Theorie könnten in abgegrenzten und überschaubaren Räumen komplementär erprobt werden. Die Alternative ist das Experimentieren im Großen mit ungewissem Ausgang.

Interessant am sardischen Beispiel ist, dass die Initiative privat initiiert wurde und nicht oder nur marginal in kommunalen Zusammenhängen eingebunden ist. Zwar wurden einzelne Projekte des SARDEX von staatlicher Seite und der EU mitfinanziert, jedoch fehlt es an einer tiefgreifenden Kooperation zwischen Staat und Regionalwährung. Ein Defizit des Projekts kann auch darin gesehen werden, dass die Struktur einzelne private Eigentümer aufweist. In dem Ausschluss auf Entscheidungsebene kann ein demokratisches Defizit gesehen werden, das einer stärkeren Einbindung in kommunale Zusammenhänge im Wege stehen könnte.

Best Practice erproben

Anknüpfend an Theorien des kollektiven Designs kann man sowohl historisch als auch aktuell in der EU fündig werden, wenn es um demokratisch verankerte Regionalwährungs-Initiativen geht. In der Kolonialzeit der USA wurden beträchtliche Anteile der regionalen Wertschöpfung mit Hilfe kommunaler Währungen von Kolonialstaaten ermöglicht. Im 20. Jahrhundert ragt das Beispiel Wörgl heraus, das eine Regionalwährung demokratisch konstituiert hat und in Verbindung mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm eine sehr effektive lokale Impulsierung der Wirtschaftstätigkeit zustande brachte. Fairconomy-Leser kennen dieses »Wunder von Wörgl«, das erst kürzlich preisgekrönt verfilmt wurde.

Auch aktuell besinnen sich in Europa immer mehr Regionen und Kommunen auf die Potenziale von Komplementärwährungen, um brachliegende Fähigkeiten und Potenziale zu nutzen. So hat die Stadt Bayonne im Baskenland eine Währung konzipiert, die sehr stark

dem Chiemgauer ähnelt. Zunächst war die Stadt selbst Herausgeber der Regionalwährung, jedoch kam es zu Konflikten mit den Aufsichtsbehörden, die vor Gericht mit einer Niederlage der Stadt endeten. Die Stadt gab jedoch nicht auf und fand mit den Aufsichtsbehörden einen Kompromiss, indem ein regionaler gemeinnütziger Verein als Herausgeber fungiert. Durch die intensive Zusammenarbeit zwischen dem Verein und der Stadt und der Möglichkeit für Unternehmen, Steuern in der Regionalwährung Eusko entrichten zu können, findet die Währung immer mehr Akzeptanz. Über 900 Unternehmen akzeptieren den Eusko und über eine Million Eusko (1 Eusko = 1 Euro) sind mittlerweile im Umlauf.

Würden Regionalwährungen als grundsätzliches Mittel der Geldpolitik zugelassen, würde sich das geldpolitische Instrumentarium entsprechend erweitern und eine Feinjustierung in der regionalen Ausdifferenzierung ermöglichen. Regionalwährungen sind jedoch nicht nur ein sozio-technisches Werkzeug, sondern auch ein gemeinschaftsbildendes und demokratieförderndes Element in einem lebendigen Europa der Regionen. Alle Bürgerinnen und Bürger wären potenziell in die Gestaltung des Geldwesens inkludiert. Durch Best-Practice-Beispiele und experimentelle Offenheit könnte ein Wettbewerb der besten Geldreformideen eröffnet werden, die bei Erfolg auch auf übergeordneter Ebene praktiziert werden könnten. Grundlegende Geldreform-Ideen wie das Freigeld, das Vollgeld, Modern-Money-Theorie könnten in abgegrenzten und überschaubaren Räumen komplementär erprobt werden. Die Alternative ist das Experimentieren im Großen mit ungewissem Ausgang. Eine weitere Alternative ist der radikale Ansatz eines Friedrich August von Hayek zur Abschaffung staatlicher Notenbanken und der Freigabe des Währungswettbewerbs. Erfahrungen mit den ersten Generationen von Kryptowährungen wie Bitcoin zeigen aktuell eine extreme Ungleichverteilung der Geldbestände. Hier wird dem viel gegeben, der viel hat (sei es Energie oder Kapital). Daher wäre einer demokratischen Konstituierung von Komplementärwährungen der Vorzug zu geben. ■



Christian Gelleri, Initiator der Regionalwährung Chiemgauer, Mitarbeiter im Projekt »Demokratisierung von Geld und Kredit« an der Universität Würzburg, Vorstand der Sozialgenossenschaft Regio eG. E-Mail: christian.gelleri@uni-wuerzburg.de

7 Binswanger, Hans Christoph (2009): Vorwärts zur Mäßigung. Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft, Hamburg.

8 Schneider, Christian (1995): Barter-Clubs – Chancen und Probleme. Eine theoretische und empirische Analyse, Berlin, S. 153.

Nachhaltige Kommunen durch nachhaltiges Geld

Wenn die Zentralbanken nicht dafür sorgen, könnten die Menschen selbst Geldsysteme schaffen, die nachhaltige Wirtschaftskreisläufe ermöglichen. Erfreulicherweise gibt es heute wieder einige Regionalgeld-Experimente, die auf den Ideen Silvio Gesells beruhen.

Freigeld nach Silvio Gesell wurde in Schwanenkirchen im Bayerischen Wald und in Wörgl, Tirol in den 1930er Jahren erfolgreich erprobt. Kurz nach der Einführung, so wird berichtet, sank die Arbeitslosigkeit erheblich und die lokale Wirtschaft erholte sich. Man sprach von dem »Wunder« von Schwanenkirchen und Wörgl. Sogar in den USA berichteten die großen Zeitungen darüber. Beide Freigeld-Experimente wurden jedoch nach kurzer Zeit verboten. Als Grund gab man an, dass die Reichsbank das Notenmonopol besitzt. Neben diesen recht bekannten Beispielen ist es erwähnenswert, dass auch in einigen Regionen in Liechtenstein, der Schweiz, Frankreich, Spanien und in einigen Städten der USA Freigeld eingeführt wurde.

Erfreulicherweise gibt es heute wieder einige Regionalgeld-Experimente, welche auf den Ideen Silvio Gesells beruhen. 2006 wurden 65 Regionalgeld-Initiativen in Deutschland gezählt.¹ Das bekannteste Regiogeld ist wohl der »Chiemgauer«, über den die überregionale Presse und das Fernsehen berichteten. Die Eurokrise hat bewirkt, dass auch in anderen Regionen Europas Regiogelder eingeführt wurden, z.B. in Griechenland, Spanien und Italien.

Regionalgeld-Initiativen, die über mehrere Jahre hinweg funktionierten, berichten, dass die lokale Wirtschaft dadurch gestärkt wird. Das kommt dadurch, dass nicht nur jeden Monat, sondern auch beim Zurücktauschen der Regionalwährung in Euros eine Gebühr anfällt, die den Umlauf des Regiogeldes anregt. Das ist keine hohe Gebühr, umgerechnet nur ein paar Cent pro Euro. Diese Umlaufsicherungsgebühr gibt aber dem Halter der regionalen Währung einen Anreiz, zunächst nach solchen Händlern Ausschau zu halten, die diese akzeptieren. Im Fall des Chiemgauers akzeptieren inzwischen viele regionale Geschäfte, Bäckereien, Metzgereien den Chiemgauer neben dem Euro. Das tun sie, weil sie andernfalls einen Wettbewerbsnachteil hätten. Jemand, der Chiemgauer hält, wird schließlich solche Geschäfte bevorzugen, die den Chiemgauer annehmen, anstatt den Chiemgauer wieder

in Euros umzutauschen und obendrein die Gebühr zu zahlen. Auf diesem Weg erhalten kleine, lokale Geschäfte einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den überregional agierenden Ketten, bei denen man bisher nicht mit Regiowährung zahlen kann.

Regionale Wirtschaft fördern

Das schwierigste Unterfangen bei dem Versuch der Einführung einer parallelen Regiowährung ist es, die Menschen zu überzeugen, das neue Geld zu verwenden. Im Fall des Chiemgauers wechseln die Menschen ihre Eu-

»Regiogeld-Teilnehmer sind zunächst Idealisten, die eine richtige Idee und die regionale Wirtschaft unterstützen möchten.«

ros freiwillig in Chiemgauer, wohl wissend, dass sie, wenn sie das Regiogeld in Euros zurücktauschen wollen, ebenso die Umlaufsicherungsgebühr zahlen müssen wie in dem Fall, dass sie das Geld längere Zeit horten. Diese Menschen sind Idealisten, die eine richtige Idee und auch die lokale Wirtschaft unterstützen möchten. Wenn einmal viele Menschen die Regiowährung halten, wie es im Chiemgau bereits der Fall ist, dann werden auch lokale Geschäfte die Währung akzeptieren, nicht aus Idealismus, sondern aus einem ökonomischen Grund: um nicht Wettbewerbsnachteile gegenüber ihren Mitbewerbern in Kauf nehmen zu müssen. Im Falle einer Stadt mit einem großen Arbeitgeber könnte es einfacher sein, Regiogeld zu implementieren. Wenn dieser Hauptarbeitgeber, von dem direkt oder indirekt eine große Zahl der Bewohner der Stadt leben, die Löhne in Regiowährung auszahlt, dann würden schnell die lokalen Geschäfte diese Währung annehmen und andere Arbeitgeber würden möglicher-

weise dem guten Beispiel folgen und Löhne auch in Regiogeld auszahlen. Der Arbeitgeber müsste noch nicht einmal Idealist sein, sondern hätte einen wirtschaftlichen Vorteil davon, wenn er nämlich daran interessiert ist, seine Produkte in der Region abzusetzen. Regiowährungen haben aber noch einen weiteren Vorteil, der nicht nur die regionalen Unternehmen betrifft, sondern auch die Konsumenten. Eine Region, die ihre eigene Parallelwährung hat, würde weniger stark getroffen von einer weltweiten Bankenpanik.

Regionalgeld Deutscher Industrie

Für eine Stadt wie Erlangen beispielsweise mag der dort ansässige Konzern Siemens als international agierendes Unternehmen zwar nicht unbedingt ein großes Interesse daran haben, den Verkauf in dieser kleinen Stadt zu steigern. Sehr wohl dürfte Siemens allerdings ein Interesse daran haben, den Verkauf seiner Produkte deutschlandweit zu stärken. Auch wenn Siemens in alle Welt exportiert, so bleibt Deutschland ein wichtiger Markt. Siemens hätte also einen guten Grund, nicht nur seine Angestellten in Erlangen, sondern auch an anderen Standorten Deutschlands mit Regiogeld zu bezahlen. Und das gilt auch für die meisten anderen deutschen Großunternehmen. Wenn mehrere deutsche Konzerne ihre Löhne oder Teile davon in einem gemeinsamen Regiogeld auszahlen würden, nennen wir es RDI (Regionalgeld Deutscher Industrie), dann würden schnell deutschlandweit Geschäfte beginnen, diese Währung neben dem Euro zu akzeptieren. Ausländische Konkurrenten hätten dagegen ein Problem, die Regiowährung zu akzeptieren, da sie diese an der Börse schlecht in die eigene Währung umgetauscht bekommen; denn umlaufgesichertes Geld lässt sich nur schwer an Devisenbörsen handeln und eben nicht als Währungsreserve horten. Es dürfte also lange dauern, bis ein Hersteller japanischer Autos oder chinesischer Solaranlagen die Regiowährung akzeptiert. Solange hätten deutsche Hersteller einen Wettbewerbsvorteil durch die Bezahlung der Löhne in Regiogeld. Auch große Handelsketten wie Metro würden insgeheim hoffen, dass Menschen, die mit RDI bezahlen, lieber die hei-



Regionale Vermarktung, kurze Transportwege, kontrollierte Produktionsbedingungen, Solidarität mit den Erzeugern – Regiogeld macht die Region nachhaltiger.

mischen Güter ihres Sortiments kaufen, da sie sonst RDI in Euros umtauschen müssten. Langfristig würde das dazu führen, dass sie vermehrt deutsche Produkte ins Sortiment aufnehmen.

Das heutige Geld ist hortbar

Regiowährungen sind nicht nur ein wirksames Instrument zur Stärkung der regionalen Wirtschaft. Eine flächendeckende Implementierung von Regiogeldern auf der Grundlage des Silvio Gesellschen Freigelds kann auch eine echte Alternative zum aktuellen Finanzsystem sein, das nicht nur regelmäßig Krisen erzeugt, sondern auch ein wesentlicher Grund für die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich ist und die Volkswirtschaften zu stetigem Wachstum zwingt. Um diesen eigentlich noch interessanteren Aspekt der regionalen Währungen zu verstehen, soll kurz skizziert werden, wie unser heutiges Geldsystem funktioniert, unter welchen Voraussetzungen Geld als Tauschmedium im Wirtschaftskreislauf fließt und wieso wir mit Silvio Gesells Vorschlag nicht nur die regelmäßig wiederkehrenden Finanzkrisen, sondern auch viele andere dem so genannten Neoliberalismus vorgeworfenen Probleme bekämpfen könnten.

Um Gesells Vorschlag zu verstehen, muss man sich vergegenwärtigen, dass Geld in unserem heutigen Finanzsystem zwei sich widersprechende Funktionen erfüllen soll. Einerseits ist Geld ein Tauschmittel, es soll den Austausch von Gütern erleichtern. Andererseits lesen wir in Lehrbüchern, dass Geld auch die Funktion

eines Wertaufbewahrungsmittels erfüllt. Gellert erkannte, dass aus diesem Widerspruch die regelmäßig wiederkehrenden Finanzkrisen entstehen. Wenn nämlich Menschen ihr Geld horten, so kann es nicht gleichzeitig als Tauschmittel fungieren. Wenn viele Menschen größere Geldmengen zu Hause aufbewahren oder ins Ausland schicken, so fehlt dieses im Wirtschaftskreislauf, die Nachfrage sinkt, Preise sinken, es entsteht Deflation. Wenn Preise sinken, ist der Anreiz, das Geld lieber später als heute auszugeben noch größer, was die Tendenz zum Horten noch verstärkt. Selbst gesunde Unternehmen müssen die Produktion drosseln oder ganz stilllegen, weil kaum noch etwas gekauft wird. Die Arbeitslosigkeit steigt. Eine Abwärtsspirale mit entsetzlichen Folgen kommt in Gang.

Bislang hielten uns die Banken mit ihren Guthabenzinsen davon ab, zu viele der von uns allen benötigten Zahlungsmittel zu »privatisieren«. Der Zins diente als Anreiz, das Geld zu den Banken zu bringen und zu verleihen. John Maynard Keynes beschrieb den Zins daher treffend als eine »Belohnung für die Aufgabe der Liquidität«². Dass wir gerne horten, ist kaum zu verhindern. Der Drang, sich etwas für schlechtere Zeiten zurückzulegen, steckt in der Natur des Menschen (und im Übrigen auch in der Natur vieler Tiere, die ebenfalls gerne »hamstern«). In einer geldlosen Wirtschaft, wo nur reale Güter gehortet werden können, wie z.B. Lebensmittel, ist das Horten allerdings nur begrenzt möglich. Der natürliche Verfall verhindert das Horten zu großer

Mengen an Gütern. Geld ist aber anders als Güter leicht und unbegrenzt aufbewahrbar. Deshalb versuchen viele Menschen, möglichst viel davon zurückzulegen. Das würde den Fluss des Geldes allerdings wie beschrieben unterbinden. Geld wäre, weil es überwiegend als Hortungsmittel verwendet würde, kaum noch als Tauschmittel dienlich.

Der positive Zins bringt Probleme

Der Zins hält das Geld also im Fluss und verhindert das Horten und damit eine Deflation. Andererseits bringt der (positive) Zins aber schwerwiegende Probleme mit sich, die von den Wirtschaftswissenschaften bisher wenig erkannt wurden.

Dabei bedarf es eigentlich keines vertieften volkswirtschaftlichen Verständnisses oder gar aufwendiger mathematischer Modelle, um nachzuvollziehen, dass ein auf Zinsen aufgebautes Wirtschaftssystem sich in regelmäßigen Abständen selbst zerstört. Geldvermögen auf Bankkonten verdoppelt sich durch Zins und Zinseszins in regelmäßigen Zeitabständen. Bei einem Zinssatz von 5% dauert dies beispielsweise etwa 15 Jahre. Bei niedrigerem Zinssatz stellt sich derselbe Effekt ein – er benötigt dazu allerdings einen längeren Zeitraum. Das bedeutet, thesaurierende Guthabenkonten wachsen im Rhythmus einer Exponentialfunktion. Selbst der schnellste Rechner der Welt wird mangels fehlender Nullen die dadurch entstehende Zinslast irgendwann nicht mehr berechnen können.

Wachsen die Guthaben aber schneller als die Produktion, entsteht ein Inflationspotential, wenn auch zunächst nur partiell, nämlich an den Investitions- und Anlagemärkten. Die Preisblasen an Aktien- und Immobilienmärkten

1 Gerhard Rösli: Regionalwährungen in Deutschland – Lokale Konkurrenz für den Euro? Deutsche Bundesbank Diskussionspapier, 2006.
2 John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. 10. verbesserte Aufl. Berlin 2006, S. 142.



Gesellscher »WÄRA«-Schein aus Schwanenkirchen, 1931



ten könnten daher als »partielle Inflation« bezeichnet werden (lat. inflare = aufblähen) und gehen im Übrigen in die »offizielle« Messung der Inflationsraten nicht ein. Die Preisblasen entstehen nicht unbedingt durch Spekulation an sich. Vielmehr sind die Spekulationsblasen ein Sekundärphänomen einer stetig wachsenden Geldmenge, die investiert werden will.

Die sich durch Zins und Zinseszins selbst vermehrenden Guthaben sind andererseits ein wichtiger Grund für die hohe und immer schneller wachsende Verschuldung der Staaten; denn nur wo Schulden sind, werden Zinsen bezahlt. Was auf der einen Seite als Zinsgewinn entsteht, muss auf der anderen Seite als Verschuldung verbucht werden, weshalb Zinsgewinne automatisch zu einer ansteigenden Gesamtverschuldung führen müssen.

Hier liegt auch der Grund, warum wir Wirtschaftswachstum anstreben. Die Produktion muss jährlich steigen, um einerseits den gesamtwirtschaftlich stetig wachsenden Zinsdienst erbringen zu können. Andererseits sind selbst Unternehmen, die sich nicht durch Fremdkapital finanzieren, nicht von dem Zwang, mindestens eine Rendite in Höhe der Fremdkapitalzinsen zu erwirtschaften, befreit. Der Zins gibt den Takt vor, nachdem die Wirtschaft tanzen muss. Der Wachstumszwang betrifft selbst regenerative natürliche Ressourcen, die der Mensch ausbeutet. Wenn nämlich der Zins hoch genug ist, kann es ökonomisch rentabler sein, den gesamten Bestand abzuernsten und den Erlös auf einem Konto »für sich arbeiten zu las-

sen«, anstelle nachhaltig zu wirtschaften und nur so viel zu ernten, wie auch nachwächst. In diesem Sinne bemerkten Daly und Farley etwas sarkastisch, aber treffend, dass alles, was sich in der Natur nicht im Rhythmus des Zinssatzes vermehrt, potentiell vom Aussterben bedroht sei.³

Silvio Gesells Vorschlag

Gibt es eine Möglichkeit, das Geld im Fluss zu halten, ohne dass dazu der Zins notwendig ist? Diese Frage stellte sich Silvio Gesell schon vor über 100 Jahren. Zur Überwindung der angesprochenen Probleme schlug Gesell ein »Freigeld« vor, ein Geld frei nämlich vom »Ur-

**»Wenn viele Menschen
Regiogeld halten,
dann werden auch
lokale Geschäfte
diese Währung
akzeptieren, nicht
aus Idealismus,
sondern aus
ökonomischen
Gründen.«**

zins«, oder, wie Keynes es nannte, der »Liquiditätsprämie«. Die auf Geldscheinen in bestimmten Zeitabständen aufzuklebenden Steuer-Marken sollen einen Anreiz geben, das

Geld nicht zu horten. Das Geld verliert dadurch seine unnatürliche Sonderstellung gegenüber Waren, da es nun ebenso wie Waren »verderblich« ist. Der Besitzer des Geldes kann nun nicht mehr einen Zins für die Herausgabe einfordern. Der dadurch bewirkte Angebotsdruck des Geldes führt dann zu Zinssätzen, die gegen Null tendieren.⁴ Der Gläubiger verleiht Geld sogar gerne, weil der Kreditnehmer ja den vollen Betrag zurückzahlen verspricht. Das heißt: Indem man dem nicht »rosten« Geld seine unnatürliche Sonderstellung gegenüber Waren nimmt, verschwindet auch der ebenfalls unnatürliche Zins. Menschen würden Geld dann nicht lange horten, sondern es verkonsumieren, produktiv investieren oder zinslos verleihen.

Ausblick

Solange die Europäische Zentralbank nicht auch den Euro mit einer Umlaufsicherung versieht und flächendeckend ausreichend hohe Negativzinsen auf Bargeld und Girokonten durchsetzt, könnten wir Bürger unser Geld selbst in die Hand nehmen, um nachhaltiger zu wirtschaften. Wenn es ein Freigeld in ganz Deutschland flächendeckend parallel zum Euro gäbe – sei es durch Einführung eines Regionalgeldes Deutscher Industrie, oder aber durch Zusammenschluss von Regionalwährungen in einem Regionalgeldverbund – dann hätte das nicht nur Vorteile für die gesamte deutsche Wirtschaft, weil Menschen heimische vor importierten Gütern bevorzugen würden. Es würden dadurch auch die von unserem derzeitigen Finanzsystem verursachten Probleme abgemildert oder sogar, wenn alle Menschen Zugang zu einem Freigeld haben, vermieden werden.

Felix Fuders

3 Herman Daly & Joshua Farley, Ecological Economics, 2004, S. 208.

4 Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung, Lauf bei Nürnberg 1949, S. 239ff.

Kampagne »Sicherheit neu denken«

Aktuell reagiert Europa auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen mit Erhöhungen seiner Militärbudgets. Doch nachhaltige Sicherheit können wir nur mit Hilfe von Diplomatie und wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven gewährleisten.



Die Evangelische Landeskirche in Baden hat ein Szenario entwickelt, wie analog zum Ausstieg aus der Atom- und Kohleenergie bis zum Jahr 2040 ein Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung und ein Umstieg in eine rein zivile Sicherheitspolitik gelingen könnte.

Grundlage des Szenarios »Sicherheit neu denken« sind die Berichte der Bundesregierung zur Umsetzung des Aktionsplans »Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung«. Das Szenario zeigt auf, wie die vielfältigen bereits bestehenden Ansätze für eine zivile Sicherheitspolitik zukünftig konsequent weiter ausgebaut werden könnten.

Pfeiler ziviler Sicherheitspolitik

Das Szenario beschreibt folgende fünf Pfeiler ziviler Sicherheitspolitik:

1. Gerechte Außenbeziehungen
2. Nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten
3. Teilhabe an der internationalen Sicherheitsarchitektur
4. Resiliente Demokratie
5. Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie

Dabei empfiehlt das Szenario die Aushandlung und Umsetzung einer Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft mit Russland bzw. der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) sowie Entwicklungspartnerschaften mit der Arabi-

schen Liga (LAS) und der Afrikanischen Union (AU). In die wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklung dieser Staaten sind jährliche Investitionen in Höhe von 20 Mrd. Euro vorgesehen.

Die UNO könnte bei einem Verzicht auf militärische Sicherheitspolitik jährlich Beiträge in Höhe von 33 Mrd. Euro aus Deutschland erhalten – und damit strukturell im Vergleich zu heute wesentlich gestärkt werden.

Außerdem sieht das Szenario ein breites inländisches Fort- und Ausbildungsprogramm in ziviler Konfliktprävention und -bearbeitung, zivilem Widerstand und resilienter Demokratie vor.

Explizit beschreibt das Szenario die Entzauberung des Mythos der Wirksamkeit von Gewalt, die bereits durch die Studien von Erica Chenoweth und Maria J. Stephan aus den Jahren 2011 (»Why Civil Resistance Works: The Strategic Logic of Nonviolent Conflict«) sowie 2016 (»How the world is proving Martin Luther King right about nonviolence«) eingeleitet ist.

Meilensteine des Szenarios

Als möglichen Weg zur Umsetzung beschreibt das Szenario von 2019 bis 2040 konkrete Meilensteine der Entwicklung. Dazu zählen u.a.:

- 2020 Gründung der zivilgesellschaftlichen Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik
- 2021 Beendigung staatlicher Bürgschaften für den Export von Rüstungsgütern

- 2025 Bundestagsbeschluss zum Umstieg Deutschlands zu einer zivilen Sicherheitspolitik
- 2026 Verhandlungen zwischen der EU und Russland zur Bildung einer Wirtschaftszone
- 2029 Gewaltfreier Umgang mit Konflikten und Resiliente Demokratie werden verbindliche Lehrinhalte an allen Schulen
- 2037 Die NATO akzeptiert einen rein zivilen Beitrag Deutschlands zur Friedenssicherung
- 2040 Vollständige Konversion der Bundeswehr

Bei der Vorstellung des Szenarios zollten EKD-Auslandsbischof i.R. Martin Schindehütte, Bundeswehr-Oberst Prof. Dr. Matthias Rogg von der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, Ex-MdB Ute Finckh-Krämer und OKR Prof. Dr. Christoph Schneider-Harpprecht dem Szenario viel Respekt.

Das Szenario ist bereits auf zahlreichen Veranstaltungen von Kirchen, Akademien sowie Friedensorganisationen und -netzwerken vorgestellt worden und soll 2019 und 2020 weiter in Kirche und Gesellschaft bekannt gemacht werden. Dazu hat die badische Landeskirche u.a. eine fünfjährige Projektstelle eingerichtet.

Im Dezember 2018 haben 30 zumeist bundesweite Friedensorganisationen auf Einladung der badischen Landeskirche die weitere Verbreitung und Umsetzung des Szenarios beraten, die ab Frühsommer durch einen bundesweiten Kampagnenrat koordiniert wird. ■

Ralf Becker

Newsletter anfordern unter: ralf.becker@ekiba.de



Ralf Becker, Projektkoordinator von »Sicherheit neu denken«

2. Vernetzungstreffen Freiwirtschaft 11.-13. Oktober 2019

Vom 21.-23. September 2018 trafen sich über 30 Aktive aus verschiedenen freiwirtschaftlichen Organisationen zur Vernetzung in Wuppertal. Unter dem Motto »Allein machen wir schon Einiges, gemeinsam schaffen wir viel mehr!« arbeiteten organisationsübergreifende Teams unter anderem zum Selbstverständnis der Bewegung, gemeinsamen Projekten, Finanzierungsfragen oder zur wissenschaftlichen und internationalen Vernetzung.

Zwischenzeitlich trafen sich Ende März 2019 die Vorstände der beteiligten Organisationen nochmals, um die Möglichkeiten der Zusammenarbeit weiter auszuloten. Ein wichtiges Anliegen ist allen Beteiligten der Erhalt und Ausbau unseres wissenschaftlichen Zweiges, der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft von 1950 e.V. mit der Zeitschrift für Sozialökonomie und der etablierten Tagungsreihe (bisher unter dem Namen »Mündener Gespräche«), nachdem Werner Onken und Christoph Gauke 2019 in den wohlverdierten Ruhestand gehen.

Außerdem einigten wir uns auf einen gemeinsamen Terminkalender, der zukünftig auch auf einer noch zu entwickelnden gemeinsamen Internetplattform stehen soll. Zudem unterstützen alle Organisationen den Ne-

gativzins-Forschungspreis, bei dem namhafte Ökonomen wie Miles Kimball (University of Colorado Boulder) und Ruchir Agarwal (Internationaler Währungsfonds) als Jurymitglieder mitwirken. Dringend braucht es überzeugende Forschungsarbeiten zum Thema Negativzinsen. Viele Aspekte und positive Auswirkungen sind bislang noch zu wenig erforscht. Außerdem sollten jetzt Vorschläge zur technischen Umsetzung so ausgefeilt werden, dass in einer kommenden Rezession effektive Negativzinsen auch tatsächlich implementiert werden können. Die Preisverleihung soll anlässlich einer wissenschaftlichen Konferenz zur Negativzinspolitik stattfinden.

Vom 11.-13. Oktober 2019 ist nun das nächste große freiwirtschaftliche Vernetzungstreffen geplant, zu dem wir alle Aktiven und die, die es werden wollen, herzlich einladen! Treffpunkt ist hier wieder die Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal. Näheres wird im Septemberheft bekanntgegeben.



Die 200. Ausgabe der ZfSÖ informiert ausführlich über den Sinn und die Umsetzungsmöglichkeiten effektiver Negativzinsen.



Finanzwirtschaft und Geld im Dienst der Gesellschaft

Am 12./13. April 2019 fand an der Universität Siegen eine gemeinsame Veranstaltung von MONNETA und dem Master-Studiengang Plurale Ökonomik statt (in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Helge Peukert). Am Freitagnachmittag hielt Gerhard Schick (Bürgerbewegung Finanzwende und ehem. Finanzpolitischer Sprecher der Grünen) einen Vortrag über seine politischen Erfahrungen im Hinblick auf die Finanzkrise, die er noch lange nicht für gelöst hält: »Wir sind immer noch in der Krise, nicht zehn Jahre nach der Krise.« Das Schulden-niveau in Relation zum BIP sei fast überall weiter gestiegen. Die Probleme hätten sich von den Banken und Fonds mehr Richtung Pensionskassen, Lebensversicherungen und Bausparkassen verlagert. Die Preissteigerungen am Immobilienmarkt seien nur erklärbar, weil Immobilien zum Finanzprodukt geworden seien. Geldmarktfonds seien immer noch nicht reguliert.

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion ging es um die Frage: Welche Reformen braucht es, damit die Finanzwirtschaft der Gesellschaft dienen kann? Moderiert von Kathrin Latsch, Geschäftsführerin von MONNETA, diskutierten Christian Gelleri (Uni Würzburg, Gründer der Regionalwährung Chiemgauer), Se-

bastian Kessing (Volkswirt mit Schwerpunkt Finanzwissenschaft an der Uni Siegen), Helge Peukert (Plurale Ökonomik Uni Siegen) mit Gerhard Schick. Dieser betonte, dass die Zentralbanken heute ein größeres Problem hätten als 2008/2009, da weitere Zinssenkungen zur Krisenbekämpfung an der Nullzinsgrenze schwierig wären. Es gebe immer noch undurchsichtige Finanzprodukte und betrügerische Geschäftsmodelle. Gesetzgeber und Aufsicht dürften nicht von Lobbyisten beeinflusst werden. Kriminalität am Finanzmarkt, wie bei den Cum-Ex-Geschäften, müsste konsequent verfolgt und bestraft werden. Zudem solle der Finanzsektor auf nachhaltige Ziele verpflichtet werden, um beispielsweise die Energiewende zu finanzieren. Auf die Kritik, die Bürgerbewegung Finanzwende beschäftige sich zu sehr mit Verbraucherschutz-Themen, statt mit einer tatsächlichen Wende im Geld- und Finanzsystem, antwortete Schick, dass Geldsystemfragen schwer zu vermitteln seien und eine Volksinitiative auf Bundesebene, wie in der Schweiz zum Thema Vollgeld, bei uns (noch) nicht möglich sei.

Einig waren sich die Podiumsteilnehmer darin, dass der Finanzsektor kleiner werden muss. Christian Gelleri forderte

eine Demokratisierung von Geld und Kredit. Die stattfindende Konzentration von Geld in Fonds und Konzernen bedeute eine Entdemokratisierung. Er plädierte daher für eine tolerante Haltung der Zentralbanken und Regierungen gegenüber dezentralen Geldexperimenten. Kathrin Latsch zeigte sich abschließend hinsichtlich des zunehmenden Rechtspopulismus besorgt. Studien von Manuel Funke und Christoph Trebesch hätten gezeigt, dass Rechtsparteien die Gewinner von Finanzkrisen seien.

Am Samstag schloss sich ein Infotag für Studenten und Interessierte zu verschiedenen Ansätzen der Geldreform an. Neben Dirk Ehnts (Modern Money Theory), Manuel Klein (Vollgeld) und Christian Gelleri (Regiogeld) stellte INWO-Vorstandsmitglied Beate Bockting hier den Freigeld-Ansatz vor, gefolgt von Vorträgen von Helge Peukert und Niko Paech sowie der Arbeit in Kleingruppen.

Fazit: Eine tolle Veranstaltung zum Kennenlernen verschiedener Geldreform-Richtungen und gegenseitigen Austausch über ein Geldsystem im Dienst der Gesellschaft!

Im Internet: MONNETA.org

Sommer-WEFF Davos

Vom 24. bis zum 25. August 2019 wird das erste SOMMER WEFF in Davos stattfinden. Die INWO Schweiz unterstützt das Vorhaben.

Was will das Sommer-WEFF?

Das Sommer-WEFF Davos möchte mittels Vorträgen und Diskussionen die Auswirkungen von menschlichen Aktivitäten diagnostizieren und praktische Lösungsansätze für ein würdevolles Leben aller (auch zukünftiger Generationen) erarbeiten.

Grundlagen dafür sind:

- Unendliches materielles **Wachstum** (Zwang) ist krank und zerstörerisch – geistiges jedoch macht Sinn.
- Die **Erde** gehört niemandem – ihre Früchte allen.
- **Frieden** (Gewaltverbot Art. 2 der UNO-Charta) und
- **Freiheit** (Meinungsäusserungs-Freiheit, Unabhängigkeit, Freiheit von unnatürlicher und struktureller Gewalt, Freiheit von Verschuldung, Freiheit von Erpressungssystemen etc.) sind Voraussetzungen für eine möglichst direkte Demokratie.

WEFF setzt auf sinnvolles Wachstum.

Wachstum für Erde, Frieden und Freiheit

Das Logo zeigt nebst dem Baum aus vielen Händen ein gelbes und ein graues »o«. Das gelbe »o« symbolisiert die Sonne. Die Sonne steht auch für bedingungslose Liebe. Das graue »o« symbolisiert den Mond, der für Weisheit steht. Sonne und Mond bedeuten Liebe und Weisheit oder Philo und Sophie. Bei vielen Projekten fehlt vor allem die Weisheit. Der Autor E.F. Schumacher schreibt in seinem bekannten Buch »Small is beautiful«: »Mehr Bildung kann uns nur helfen, wenn diese mehr Weisheit hervorbringt.« Wenn unser Handeln mit Philo UND Sophie in Verbindung steht, dann wachsen erfreuliche Bäume daraus.

WEFF PhiloSophie

Das Sommer WEFF versucht mit möglichst wenig Global-Geld auszukommen. Alle Referierenden verzichten auf ein Honorar. Deshalb kann der Eintritt erlassen werden. Einheimische stellen ihre Infrastruktur zur Verfügung für die Konferenz, für die Unterkunft und fürs Wohlbefinden der Teilnehmenden. Das WEFF möchte den Teilnehmenden möglichst praktische Informationen und Verhaltensanregungen auf ihren individuellen Weg mitgeben.

klein ist wunderschön – GROSS ist subventioniert

Der Volksmund sagt: »Die Kleinen hängt man - die Grossen lässt man laufen.« Eine Form von »laufen lassen« sind staatliche Begünstigungen. Viele wissen, dass zum Beispiel Bauern Subventionen erhalten. Die ganz grossen Player erhalten aber wesentlich grössere Beiträge von der arbeitsabhängigen Menschheit – allerdings ist uns dies zu wenig bewusst. Das erste SOMMER WEFF widmet sich diesem Themenkomplex. Warum sollen Subventionen, die uns und kommenden Generationen Schaden zufügen, nicht gestrichen werden können? Was können wir dazu beitragen, damit enkeltaugliche Verhaltensweisen (endlich) lohnenswert werden?

Das Sommer WEFF findet in den Räumlichkeiten der Zimmerei Künzli in Davos statt, wo schon einige alternative und kulturelle Anlässe durchgeführt wurden.

Mitwirkende

Marc Chesney, Professor für quantitative finance, Zürich*

Alec Gagneux, Entwicklungs- und Friedensaktivist, Schinznach Bad

Franziska Herren, Initiantin Trinkwasserinitiative, Wiedlisbach

Hans Peter Michel, alt Landammann, Davos

Christian Kreiss, Professor für Volkswirtschaft, Aalen

Thomas Künzli, Unternehmer, Davos

Ivo Muri, Unternehmer und Zeitforscher, Sursee

Christoph Pfluger, Verleger und Autor, Solothurn

Armin Risi, Autor, Zürich

Helmut Scheben, Journalist, ehemaliger SRF-Nachrichtenmoderator

Martin Schmid, Umweltingenieur und Erfinder, Langenbruck

Oswald Sigg, ehemaliger Bundesratssprecher, Bern

Ernst Wolff, Geldexperte und Autor, Berlin

Jean Ziegler, Humanist, Genf*

* Teilnahme bei Redaktionsschluss noch nicht gesichert
Kosten: freie Beiträge

Programm und Anmeldung: www.WEFF.ch

Wir freuen uns auf Dich und Deine Freunde!

Alec Gagneux und Christoph Pfluger



SCHWEIZ

WERDEN SIE INWO-MITGLIED!

INWO Schweiz

Postfach 3161

5430 Wettingen 3

Tel.: 056 426 60 90

E-Mail: buero@inwo.ch

Bankverbindung:

Postkonto 30-1771-2

IBAN:

CH83 0900 0000 3000 1771 2



SOMMER
WEFF
DAVOS

Wachstum Erde Frieden Freiheit



INITIATIVE FÜR NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG

INWO Deutschland e.V.
Postfach 90 02 06
60442 Frankfurt am Main
Tel.: 02 31 – 44 99 58 55
E-Mail: INWO@INWO.de



Aufnahmeantrag

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO Deutschland e.V. werden!

- ☐ Ich zahle jährlich 48 Euro (regulärer Beitrag inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 24 Euro (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 12 Euro (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

☐ Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ Euro.

Eine Bescheinigung für steuerbegünstigte Zuwendungen (Mitgliedsbeitrag und Spenden) wird ab jährlich 100 Euro oder auf Wunsch ausgestellt. Zuwendungen bis 200 Euro können gegenüber dem Finanzamt mittels Kontoauszug belegt werden.

Vorname

Name

Straße

Postleitzahl

Ort

E-Mail-Adresse
(bitte angeben für regelmäßige Informationen)

Telefon
(für Rückfragen – keine Telefonwerbung!)

Ort, Datum

Unterschrift

Die folgenden Angaben sind hilfreich, aber nicht notwendig:

Geburtsdatum bzw. Jahrgang

Beruf/Tätigkeit

Auf die INWO wurde ich aufmerksam durch:

☐ Faltblatt ☐ Bekannte ☐ Internet ☐ Vortrag ☐ Seminar ☐ Sonstiges _____

Datenschutz: Ihre Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und nur durch vom Vorstand der INWO unmittelbar Beauftragte für vereinsbezogene Zwecke verarbeitet und genutzt. Die Daten dürfen dabei nicht an Dritte weitergegeben werden. Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an die oben angegebene Adresse.

Wenn Sie **nicht** am Lastschrift-Verfahren teilnehmen möchten, bitten wir Sie **einen jährlichen Dauerauftrag** bei Ihrer Bank einzurichten. Wir bitten um Beitragszahlung bis zum 1. Mai des jeweiligen Jahres.

Gläubiger-Identifikationsnummer der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO): DE90NWO00000047916

Einzugsermächtigung: Ich ermächtige die INWO e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem Konto einzuziehen.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige die INWO e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der INWO e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

IBAN: DE _ _ | _ _ _ _ | _ _ _ _ | _ _ _ _ | _ _

Name des Kreditinstituts oder BIC: _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Buchvorstellung

Werner Onken: Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik – Eine Woche Volksbeauftragter für das Finanzwesen im April 1919. Zweite überarbeitete und ergänzte Auflage, Oldenburg 2018, 110 S., 16.00 €, ISBN: 978-3-933891-31-0

»Grenzen töten!« – dieses Graffito gegen die EU-Abschottungspolitik prangte über Monate an der Gartenmauer unserer Nachbarschaft. Vor kurzem wurde es entfernt. Aber seine Botschaft bleibt. Schlagartig kam sie mir wieder in den Sinn, als ich in Werner Onkens neuem Buch auf das einhundert Jahre alte »Programm des Sozialistischen Freiheitsbundes (SFB)« stieß.

Es wurde Ende April 1919 in München inmitten revolutionärer Umbrüche unter gemeinsamer Federführung von Silvio Gesell und Gustav Landauer formuliert. Um die wirtschaftlichen Grundlagen für einen »dauerhaften Bürger- und Völkerfrieden« herzustellen, fordert es die Einbettung des Marktmechanismus in antikapitalistische Strukturreformen: Zum einen den Abbau der Geldmacht durch eine umlaufgesicherte Währung (Freigeld). Zum anderen aber die Entmonopolisierung von Grund, Boden und natürlichen Ressourcen (Freiland), um ausnahmslos allen Menschen einen gleichberechtigten Zugang »auf den ganzen Erdball« zu ermöglichen.

»Der SFB erklärt dieses Recht als erstes und höchstes Menschenrecht [...]. Der SFB [...] anerkennt keine Landesgrenzen, sofern sie der Ausschließung oder Abschiebung dienen. Er verneint den Staaten ausdrücklich das Recht, die Einwanderung zu kontrollieren. Er erkennt den »Altangesessenen« keinerlei Vorrecht auf den Boden an. Wir alle sind »Altangesessene« dieser Erde.« (S. 46)

Die geplante, letztlich aber nicht mehr zustande gekommene Gründung des SFB hatte die libertären Kräfte im Zeichen eines freiheitlichen Sozialismus bündeln sollen. Seine Programmschrift fasste im Wesentlichen die sozialpolitischen Bestrebungen zusammen, die Silvio Gesell als Volksbeauftragter für das Finanzwesen in der ersten Münchener Räterepublik (7.-14. April 1919) vertreten hatte. Ernannt worden war er auf Empfehlung des Sozialdemokraten Ernst Niekisch und der Anarchisten Gustav Landauer und Erich Mühsam. Seine politische Motivation beschrieb Gesell später in einer Verteidigungsschrift, die er während seiner Gefängnishaft (4. Mai-3. Juli 1919) verfasste. Die verheerenden Folgen des zu Ende gegangenen Weltkrieges, die zunehmend militanter werdenden Auseinandersetzungen im revolutionären Lager und die dro-

hende Konterrevolution hatten ihn zur Gewissheit geführt, dass nur »die außergewöhnliche Tat« (S. 62) einer proletarischen Räterevolution eine gesellschaftliche Reorganisation einleiten könne.

Einen Schwerpunkt in Werner Onkens Darstellung bildet die fieberhafte Tätigkeit, die Silvio Gesell während seiner achttägigen Amtszeit gemeinsam mit seinen engsten Mitarbeitern Theophil Christen und Karl Polenske entfaltete: Regelmäßige Aufklärung der Öffentlichkeit über währungspolitische Presseklärungen; Versuch, sich mit dem ignoranten Reichsbankdirektorium über eine zukunftsorientierte antikapitalistische Geldpolitik abzustimmen; Vergabe von Druckaufträgen für Freigeldscheine und Gebührenmarken; Vorbereitung einer einmalig zu erhebenden, großen gestaffelten Vermögensabgabe zur Linderung des sozialen Elends und gerechten Verteilung der finanziellen Weltkriegsfolgen; Kontaktaufnahme mit den Münchener Betriebsräten; Abfassung eines »Proletarischen Aktionsprogramms« mit der zusätzlichen Forderung nach einer »Aufteilung des Großgrundbesitzes und Erstellung von Heimstätten für das ländliche und städtische Proletariat« sowie nach einer Weiterleitung der Bodenrente an eine »allgemeine Mütterkasse« (S. 39).

Sein Ende fand das Experiment der ersten Münchener Räterepublik nach einem zurückgeschlagenen Putschversuch der – von Bamberg aus agierenden – parlamentarischen Regierung Hoffmann. Am 15. April 1919 wurde die zweite Münchener Räterepublik unter Führung der KPD ausgerufen. Auch ihr blieben nur gut zwei Wochen, bis die Stadt am 1. Mai 1919 von Wehrmacht und rechtsradikalen Freikorps erobert wurde. Die Revolution versank in einem konterrevolutionären Blutbad. Silvio Gesell, der am 16. April 1919 auch offiziell seines Amtes enthoben worden war, hatte großes Glück, dass er am 9. Juli 1919 vor dem Standgericht vom Vorwurf des Hochverrats freigesprochen wurde. Andere Räterevolutionäre erlitten ein ungleich schwereres Schicksal. So war Gustav Landauer am 2. Mai 1919 von antisemitisch aufgehetzten Soldaten grausam ermordet worden. Erich Mühsam wurde am 12. Juli 1919 zu 15 Jahren Festungshaft verurteilt.

Ungemein kenntnis- und faktenreich bettet Werner Onken diesen ersten Versuch freiwirtschaftlichen Beginns ein in die Revolutionsgeschichte Münchens der Jahre 1918/1919. Damit schreibt er nicht nur erfolgreich gegen blinde Flecken anderer historischer Darstellungen an. Ihm gelingt es auch sehr gut, die anhaltende Aktualität von Gesells sozialreformischem Anliegen zu verdeutlichen.

Markus Henning

Ralf Becker, Stefan Maaß, Christoph Schneider-Harpprecht (Hrsg.): Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik. Ein Szenario bis zum Jahr 2040. Karlsruhe 2018, 165 S., 9.95 €, ISBN: 978-3-8079-9992-0

Kein Text der letzten zwei, drei Jahre hat mich so begeistert wie dieses Buch aus der Friedensbewegung. Es verspricht eine breit vernetzte zivilgesellschaftliche Bewegung für eine Welt ohne Militär. Es entfaltet eine positive Vision, die klar aufzeigt, warum und in welchen Schritten wir auf das Militär verzichten können. Wir benötigen diese Vision dringend, weil sich unsere Adressaten politische Alternativen vorstellen müssen, um den Wunsch zu entwickeln, dorthin aufzubrechen.

Die Grundidee: In 20 Jahren gibt es keine Bundeswehr mehr und auch kein Militär in drei anderen europäischen Ländern. Stattdessen werden die kollektiven Sicherheitssysteme gestärkt, die alle Probleme zwischen Blöcken und Nationen insbesondere durch Verhandlungen und Mediation regeln. Der Hauptweg zu diesem Wandel sind Abrüstung, Konversion und Stärkung der Vereinten Nationen.

Das Buch ist beeindruckend gut durchdacht und formuliert, mit sehr konkreten Vorschlägen dafür, wie das erwähnte Ziel Schritt für Schritt bis 2040 zu erreichen ist. Das Buch zeugt von einem bemerkenswerten psychologischen Einfühlungsvermögen in die Vorstellungen von Andersdenkenden, etwa indem es von Anfang an die positiv besetzten Begriffe »Sicherheit« und »Verantwortung« in den Mittelpunkt stellt und im Sinne des politischen Pazifismus umwidmet. Das wichtigste postulierte Nahziel ist ein Beschluss des Bundestags im Jahre 2025, was eine starke Bearbeitung einer Vielzahl von Wahlkreiskandidat*innen ab Mitte 2020 im Vorfeld der nächsten turnusmäßigen Bundestagswahl voraussetzt. Dieser Beschluss sieht vor, dass Deutschland eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik entwickelt, die auf den fünf Säulen gerechte Außenbeziehungen, nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten, Teilhabe an der internationalen Sicherheitsarchitektur, resiliente Demokratie sowie Konversion der Bundeswehr und Rüstungsindustrie beruht. Ohne eine breite Bewegung wird es diesen Beschluss nicht geben. Die Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der nötigen Vernetzung der Zivilgesellschaft hat sich konstituiert und ist offen für weitere Verbandsvertreter*innen.

Thomas Carl Schwoerer, Verleger, Autor und Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen



**Umweltschutz lohnt sich
... sowieso.**



**Aber noch mehr mit einer
Pro-Kopf-Rückverteilung
von Ressourcensteuern!**

www.INWO.de